

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonntagabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verbands-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 4.

### Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland.

Die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung in Rußland steht im engsten Zusammenhang mit der Revolution des Jahres 1905. Vor der Revolution bestand in Rußland überhaupt kein Vereins- und Versammlungsrecht, und soweit sich die Arbeiter organisieren wollten, wurden sie gezwungen, geheime Zirkel und Gruppen in den Fabriken und Werkstätten zu bilden. Da aber die Gewerkschaftsorganisation ihrem ganzen Wesen nach nicht geheim bestehen kann, so konnte in Rußland vor 1905 von einer Gewerkschaftsbewegung im richtigen Sinne dieses Wortes keine Rede sein. Den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter leitete, wenn auch ungenügend, die geheime politische Organisation — die Sozialdemokratie, die die Streiks organisierte, die Forderungen aufstellte, die Flugblätter verbreitete usw. Die meisten wirtschaftlichen Konflikte entstanden jedoch ganz spontan, ohne jede Vorbereitung oder Mitwirkung der Sozialdemokratie.

Die Revolution kam und die innere Situation im Lande nahm eine ganz andere Gestalt an. Der Absolutismus wurde zeitweilig beseitigt, die gesetzlichen und polizeilichen Hindernisse fielen, und somit erhielt die russische Arbeiterklasse die Möglichkeit, sich offen zu organisieren. Sie benutzte diese Möglichkeit in erster Linie für die Gründung der Gewerkschaften. Es brach in Rußland ein richtiges Organisationsfieber aus, und wie mächtig diese Organisationsbestrebungen waren, geht deutlich aus der Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu Anfang des Jahres 1907 (das heißt kaum zwei Jahre nach dem Beginn der Bewegung) hervor:

Berufsbranche	Zahl der Beschäftigten Arbeiter	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder	Organisierte %
Bergbau	229000	2475	1,1
Holzgewerbe	410000	9927	2,4
Leberrindviehzucht	154000	12066	7,1
Metalverarbeitung	625000	54173	8,6
Konfektionsindustrie	1158000	14322	1,2
Buchdruckgewerbe	60000	28654	43,0
Nahrungsmittelindustrie	344000	24848	7,2
Waugewerbe	717000	12396	1,7
Textilindustrie	960000	37214	3,9
Ganbel	1495000	32475	2,2
Verschiedene	—	17005	—
<b>Gesamt</b>	<b>7043000</b>	<b>245555</b>	<b>3,5</b>

Gleichzeitig mit den Gewerkschaften entwickelte sich rasch die gewerkschaftliche Presse. In allen größeren Städten entstanden Zentralbüros der Gewerkschaften (Gewerkschaftskartelle). In zahlreichen wirtschaftlichen Kämpfen vertraten die Organisationen mit großem Erfolg die Interessen der Arbeiterklasse; an einzelnen Orten, z. B. in Moskau, setzten sie den Abschluß von Tarifverträgen mit dem Unternehmertum durch. Die bestorganisierte Gruppe des Proletariats, die Buchdrucker, ließ sogar eine Reichskonferenz einberufen und traf alle Vorbereitungen zur Gründung eines Zentralverbandes der Buchdrucker Rußlands.

Es versteht sich von selbst, daß in den russischen Gewerkschaften jener Zeit, wie überhaupt in allen jungen Organisationen, nicht alles klappte und gar manche Mängel zutage traten. So wurden beispielsweise die Mitgliederbeiträge nicht ganz regelmäßig bezahlt, die Organisation selbst war nicht genug gefestigt, die Fluktuation der Mitglieder enorm usw. Wenn man jedoch bedenkt, daß die ganze Organisationsarbeit nur zwei Jahre gedauert hat, so können die erreichten Resultate als sehr günstig und erfreulich angesehen werden.

Seit jener Zeit sind drei Jahre verfloßen, und inzwischen hat sich das Bild der Gewerkschaftsbewegung völlig verändert. Die schwere wirtschaftliche Krise, die Ende 1907 einsetzte, und noch mehr die wütenden Verfolgungen der Regierung verletzten den jungen, noch nicht erstarkten Organisationen eine Reihe schwerer Schläge. Die willkürliche Auflösung von Hunderten von Gewerkschaften, die Unterdrückung der meisten Gewerkschaftsblätter, die Verhaftung und Ausweisung der Gewerkschaftsführer — alles dies verhehlte seine Wirkung nicht. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sank ungemein rasch und beträgt augenblicklich zirka 40 000 in ganz Rußland, darunter in Petersburg rund 9000, in Moskau 5000, in Riga 3000, in Elisabethgrad 2000, in Baku 2000 usw.

Selbst diese kleinen Organisationen geben der herrschenden Reaktion keine Ruhe, und so stürzt sie sich denn mit der ganzen brutalen Gewalt ihrer Unterdrückungsmaßregeln auf diese. Unter welchen schwierigen Verhältnissen gegenwärtig die Gewerkschaftsbewegung in Rußland zu leiden hat, geht deutlich aus einem Moskauer Bericht hervor, den wir hier im Auszuge wiedergeben: „Mit der Entwicklung der Gewerkschaftstätigkeit werden die Repressivmaßregeln immer stärker und drückender. Versammlungen werden verboten oder aufgelöst, die Redner werden unterbrochen und am Sprechen verhindert, es hagelt Strafmandate aus den wichtigsten Anlässen, gewerkschaftliche Flugblätter und Organe werden konfisziert, es finden Hausdurchsuchungen und angeblich „behördliche Revisionen“ statt, die in den Gewerkschaften tätigen Personen werden verhaftet. . . . Die Räume der Leder- und Textilarbeiterverbände werden immer häufiger von einem Polizeiwachmeister heimgesucht, der seine Nase und auch die Hände in Sachen steckt, die ihn gar nichts angehen. Ein anderer Polizist nimmt dem Bureau der Schuhmacher- und Holzarbeiterverbände gegenüber Wohnung und wird ständiger Gast in den Räumen dieser Verbände. Den Buchdrucker-, Photographen- und Apothekergehilfenverbänden wird gekündigt, und sie werden gezwungen, auszugleichen. Kaum hat sich der Schneiderverband in seinem neuen Heim eingerichtet, so wird auch ihm gekündigt, und er sieht sich gezwungen, die Wohnung zu verlassen. Die Hausbesitzer erklären offen, unter dem Druck der Polizei gehandelt zu haben. Es ist bis heute nicht gelungen, den Metallarbeiterverband zu gründen, obwohl bereits zehn Gesuche um Bestätigung eingerichtet worden sind.“ In den Versammlungen suchen die überwachenden Beamten an jedem Worte etwas auszufischen; der Redner wird verwahrt, wenn er das Wort „Streikbrecher“ in den Mund nimmt, mit der Begründung, daß hierin eine Anspielung auf den Streik liege, wo doch den Gewerkschaften nicht das Recht zusteht, die Streiks zu organisieren. Ausdrücke wie „Arbeiterklasse“, „Klassenkampf“, „Bourgeoisie“, „schöne vergangene Jahre“ und sogar einfach „vergangene Jahre“ können die Wortentziehung zur Folge haben.“

Die Auflösungen der Gewerkschaften sind zu einer alltäglichen Erscheinung geworden, und zwar mit den wunderbarsten und eigentümlichsten Begründungen. So wurde zum Beispiel in Moskau eine Reihe der Verbände aufgelöst, weil in ihren Räumen die sozial-

demokratischen Wahlflugblätter gefunden waren. Der Handlungsgehilfenverband daselbst wurde aufgelöst, weil er das Gesetz vom 15. November 1906, betreffend die Arbeitsbedingungen der Handlungsgehilfen und Handwerker, scharf kritisierte, ein anderer Verband, weil er rein gewerkschaftliche Flugblätter verbreitete, usw. So ist es in Moskau, in der Hauptstadt; in den Provinzstädten ist es noch bedeutend schlimmer!

Wie schwer aber die gezeichneten Verhältnisse auf der Arbeiterbewegung lasten, die gewerkschaftlichen Organisationen bestehen fort, ja, sie beginnen sogar, sich allmählich zu entwickeln. Das größte Zentrum der Bewegung ist gegenwärtig Petersburg; die Kerntruppe der Gewerkschaften bilden ohne Zweifel die Metallarbeiter- und Buchdruckerorganisationen. Es besteht leider keine zuverlässige Statistik über den gegenwärtigen Stand der Gewerkschaftsbewegung in ganz Rußland; wir müssen uns daher darauf beschränken, die genaueren, wenn auch etwas veralteten Angaben nur über die Petersburger Organisationen hier mitzuteilen. Im Jahre 1908 war der Stand dieser Organisationen folgender:

Organisation	Zahl der zahlenden Mitglieder	Einnahmen	Ausgaben	Kassenbestand am 1. Januar 1909
Metallarbeiter	4252	44245	42828	39621
Textilarbeiter	1646	7214	7201	2192
Buchdrucker	506	7160	5802	1350
Bäder	435	9374	9638	499
Holzarbeiter	396	4147	5724	274
Gold- und Silberarbeiter	335	5162	3845	2676
Startonwagenarbeiter	321	3992	2910	3268
Leberrindviehzucht	127	1782	1598	514
<b>Gesamt</b>	<b>8019</b>	<b>83076</b>	<b>79546</b>	<b>50394</b>

Im Jahre 1909 ist die Mitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes auf 3700 gesunken, ist aber seit der Zeit wieder im Aufsteigen begriffen, so daß sie augenblicklich 4000 beträgt. Die Mitgliederzahl der Buchdruckerorganisation ist seit 1908 auch gestiegen und beträgt gegenwärtig zirka 1300. Ähnliche Veränderungen sind auch in andern Gewerkschaften vorgenommen. Außer den genannten bestehen in Petersburg noch einige kleine gewerkschaftliche Organisationen (Schneider, Konfektionsarbeiter usw.), die durchschnittlich 100 bis 200 Mitglieder umfassen.

In Moskau bestehen 15 Gewerkschaften mit rund 5000 Mitgliedern, von denen die größte der Buchdruckerverband mit etwa 1300 Mitgliedern ist. In Elisabethgrad bestehen der Metallarbeiterverband mit 1000 und der Handlungsgehilfenverband mit über 600 Mitgliedern. In Baku bestehen die Metallarbeiter- und Naphtha-Arbeiterorganisationen, die zusammen zirka 1500 Mitglieder zählen. Verschiedene gewerkschaftliche Organisationen bestehen auch in Riga, Wilna, Warschau, Charkow, Saratow, Zula, Kiew, Perm, sogar in Sibirien, sogar in Odesa, wo der berühmte Generalgouverneur Tolmatschoff haust.

Es versteht sich von selbst, daß bei den gegebenen Verhältnissen die Gewerkschaften nur als lokale Organisationen bestehen können. Die Verbindung zwischen einzelnen Verbänden ist in der Regel sehr lose und mangelhaft, was seine Erklärung zum Teil in den polizeilichen Hindernissen findet. Die Gewerkschaftstätigkeit erstreckt sich hauptsächlich auf den Ausbau des Unterstützungswesens und die Gebung des Klassenbewußtseins und des kulturellen Niveaus der Arbeiterklasse durch die Veranstaltung von Aufführungskursen, Einrichtung von Bibliotheken und besonders durch die Herausgabe der gewerkschaftlichen Organe. Die Zahl der Gewerkschaftsblätter beträgt gegenwärtig elf, von

\* Nach dem russischen Vereinsgesetz 1906, das die schlechtestere Uebersetzung des famosen österreichischen Vereinsgesetzes 1867 bildet, werden alle Organisationen von den Regierungsbehörden bekämpft. Wie schlecht aber dieses Gesetz ist, es wäre doch für die russische Gewerkschaftsbewegung eine große Erleichterung, wenn es wirklich überall angewendet würde. Da aber über den größten Teil Rußlands noch bis heute außerordentlicher Zustand (Belagerungszustand, verstärkter Schutz usw.) besteht, so steht in vielen Gegenden des Reiches sogar dieses miserable Gesetz auf dem Papier.

denen das bedeutendste das Organ der Petersburger Metallarbeiter, „Unser Weg“, mit einer Auflage von zirka 5000 ist. Eigene Blätter haben in Petersburg noch die Buchdrucker, die Schneider, die Holzarbeiter und die Textilarbeiter und in Moskau und Riga die Buchdrucker. Außerdem erscheinen in Moskau, Elisabethgrad, Kiew und Wladi die allgemeinen Gewerkschaftsblätter. Alle russischen Gewerkschaftsorganisationen stehen auf dem Boden der sozialdemokratischen Auffassung, obwohl sie offiziell, genau so wie die deutschen freien Gewerkschaften, vollständig neutral sind. Dementsprechend sind die Gewerkschaftsorgane beschränkt, soweit es die russische „Pressefreiheit“ gestattet, die Aufklärungsarbeit im Sinne der internationalen Sozialdemokratie zu fördern.

Was das Unterstützungswesen anbetrifft, so gewahren die größeren Gewerkschaften, wie die der Metallarbeiter und der Buchdrucker, ihren Mitgliedern ärztliche Hilfe, Rechtsschutz, Notfall-, Streik- und Arbeitslosenunterstützung. Die Unterstützungssätze sind aber sehr minimal — sie übersteigen in der Regel nicht 60 k bis 70 k pro Tag —, was sich in erster Linie durch den Geldmangel erklärt: die Beiträge sind noch zu niedrig und die Verwaltungskosten, wie in allen kleineren Organisationen, verhältnismäßig zu hoch. So erhebt zum Beispiel der Petersburger Metallarbeiterverband — die größte Gewerkschaftsorganisation in Rußland — einen monatlichen Beitrag von 86 k (40 Kopeken) den Verwaltungsstellen des Verbandes für die ersten sechs Monate 1910 erreichen fast 50 pzt. aller Verbandsausgaben.

Es ist ohne weiteres klar, daß die heutigen russischen Gewerkschaftsorganisationen nicht langwierige, erste Kämpfe um die Arbeiterinteressen führen können. Ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung ist jedoch von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Gewerkschaften umfassen die tatkräftigsten und widerstandsfähigsten Elemente des Proletariats, erziehen eine Reihe erprobter Gewerkschaftsführer, vervollkommen die Technik des Organisationswesens, heben das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft und gewöhnen allmählich die breitesten Massen an ein gemeinsames Vorgehen zur Verteidigung ihrer Interessen. Man kann ruhig behaupten, daß diese kleinen Organisationen den Keim einer mächtigen Gewerkschaftsbewegung bilden werden.

In der allerletzten Zeit beginnt allem Anscheine nach in den russischen Gewerkschaften ein etwas regeres Leben. Die schwere wirtschaftliche Krise scheint übermunden zu sein, und viele Zeichen versprechen einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften steigt langsam, aber ständig, die Organisationen werden fester ausgebaut, die Beiträge werden pünktlicher bezahlt, der ganze Mechanismus des Gewerkschaftswesens fängt an, besser zu funktionieren, die Gewerkschaftsblätter gewinnen trotz der fortwährenden Verfolgungen einen immer größeren Leserkreis und fassen festeren Fuß. Es ist zu hoffen, daß die schwerste Zeit schon vorüber ist und daß die kommende Prosperitätsperiode dem russischen Proletariat große Erfolge bringen wird. In Rußland genau so wie in allen andern Ländern gehört der Arbeiterbewegung die Zukunft.

W. M a i s t y.

### Wirtschaftliche Rundschau.

**Dividendenschätzungen.** — Die Rentabilität der Aktiengesellschaften in den Jahren 1908 und 1909. — Steigende Warenpreise im Großhandel.

Durch die Börsenpresse gehen nunmehr wieder wie alljährlich die Dividendenschätzungen zahlreicher Aktiengesellschaften, die Ende Dezember ihr Geschäftsjahr schließen. Vielleicht tauchen sie dieses Jahr noch etwas frühzeitig auf als bisher, weswegen auch die Angaben der Betriebsverwaltungen noch unbestimmter sind als sonst. Ueberhaupt darf man auf diese Schätzungen nicht allzuviel geben: sie stehen sehr häufig mit den nachträglichen definitiven Dividendenergebnissen in einem argen Widerspruch. Aber aus börsentendenzigen Gründen muß man vor dem Abschluß des Geschäftsjahres einer Gesellschaft so ungefähr wissen, wie hoch die zu erwartende Dividende ist, da am Ende des Geschäftsjahres der Dividendenschein für das folgende Jahr abgetrennt, der Kurs für die weiterhin gehandelte Aktie entsprechend niedriger gesetzt wird. Auch schon jetzt übte die Schätzungen auf die Höhe des Kurzes eine merkwürdige Einwirkung aus, so ungenau auch die Angaben im allgemeinen sein mögen. Ueberblickt man die Zahl der vorliegenden Schätzungen, so überwiegen die Angaben, die auf eine Besserung der finanziellen Ergebnisse fürs laufende Jahr schließen lassen. Und dieses Resultat war auch zu erwarten. Das Jahr 1910 mußte eine Zunahme des Reingewinns der deutschen Aktiengesellschaften erzwingen. Hand in Hand damit geht aber auch eine Zunahme der Dividendensumme, die erheblich größer ausfallen wird als im Jahre 1909.

Schon im Jahre 1909 war nämlich die Dividendenkurve wieder steigend, wie sich aus der Rentabilitätsstatistik der Gesellschaften ergibt, die im laufenden Jahre ihre finanziellen Ergebnisse vergleichbar mit dem Jahre zuvor veröffentlicht haben. Die Ergebnisse dieser Gesellschaften beziehen sich in der Hauptsache auf das Jahr

1909. Nur für einen Teil kommt auch schon das erste Viertel oder die erste Hälfte des Jahres 1910 in Betracht. Insgesamt haben bis Ende September 9229 Aktiengesellschaften ihre Ergebnisse für das letzte Geschäftsjahr veröffentlicht, daß ein Vergleich des Nominalaktienkapitals nur die Dividende mit dem Jahre 1908 resp. 1909/10 möglich ist. Diese Gesellschaften arbeiten im Jahre 1909 mit einem Aktienkapital von 10,62 Milliarden Mark gegenüber einem solchen von 10,28 im Jahre 1908. Das Aktienkapital der nämlichen 9229 Gesellschaften hat sich in dem einen Jahr um genau 329 715 000 oder rund um 340 Millionen Mark vermehrt. Auf das Nominalkapital des Jahres 1908 wurde nun für das Geschäftsjahr 1909 eine Dividendensumme von 788,46 Millionen Mark verteilt, was eine Dividende von 7,38 pzt. ergibt. Im Jahre 1909 kam auf das erhöhte Kapital eine Dividende von 7,61 pzt. Es kamen nämlich 805,61 Millionen Mark als Dividende zur Ausschüttung, das sind 60,15 Millionen Mark mehr, von welchem Plus allerdings das neue Kapital allein zirka 28 Millionen Mark für sich in Anspruch nimmt. Übrig sind die wichtigsten Gruppen der Warenherstellung aus der Gesamtheit der Aktiengesellschaften heraus, so haben zweifellos die Aktiengesellschaften der chemischen Industrie schon am günstigsten abgeschlossen. Denn nicht nur steht hier die Dividendendifferenz absolut am höchsten, auch die Steigerung von 1908 auf 1909 ist, abgesehen von den Kammgarbnerereien, in keinem Gewerbe stärker gewesen. Auf ein Aktienkapital von 393,32 Millionen Mark, das 104 Gesellschaften repräsentieren, kam nämlich eine Dividende von 15,7 pzt., gegenüber einer solchen von 14,1 pzt. im Jahre 1908. In der Gruppe Textilgewerbe ging die Dividende von 8,3 auf 9,5 pzt. hinauf, an welcher Durchschnittsteigerung die einzelnen Zweige einen ganz verschiedenen Anteil hatten. Bei den Baumwollspinnereien und Baumwollspinnwebereien ist eine Abnahme der Dividende festzustellen, während die Gesellschaften der Wolllinindustrie, vor allem die Kammgarbnerereien, weiter aber auch die Seidenwebereien und die Baumwollwebereien sehr gut abgeschlossen haben. Um die Bewegung der durchschnittlichen Dividenden in den Hauptgruppen der Warenherstellung zu veranschaulichen, führen wir sie nachstehend in der Weise auf, daß wir die Zahl der Gesellschaften, das Nominalaktienkapital für das letzte Geschäftsjahr und die zwei letzten Dividendenziffern in Prozenten für jede Gruppe angeben:

Gruppe	Aktienkapital in 1000 M. für das Jahr 1909 resp. 1908/10	Dividenden in Prozenten	
		1909	1910
Bergbau und Hütten	1874886	8,1	8,0
Eisenindustrie	1075297	7,9	8,1
Nahrungs- und Genussmittel	485798	6,0	6,5
Textilgewerbe	427079	8,3	9,5
Lebengererbe	98111	9,3	9,5
Bekleidung und Reinigung	15592	6,3	7,4
Wagnererbe	405827	3,7	3,9
Steine und Erden	362871	7,5	6,7
Holz und Schnitzstoffe	64579	11,0	8,7
Chemische Industrie	393325	14,1	15,7
Papiergewerbe	89684	6,0	6,7
Größtliche Gewerbe	43579	6,4	7,1

Von diesen zwölf Gruppen gehen drei eine Abnahme der Durchschnittsdividende gegen 1908, nämlich die Gruppen Bergbau und Hütten, Steine und Erden sowie Holz- und Schnitzstoffe. Bei allen übrigen ist wenigstens für die gesamte Gruppe die steigende Tendenz zum Durchbruch gekommen. Von den nicht zur Warenherstellung gehörigen Gruppen der Aktiengesellschaften seien noch die Verkehrsgesellschaften und Banken genannt. Beide fallen insofern der Höhe ihres Aktienkapitals stark ins Gewicht. 345 Verkehrsgesellschaften mit einem Nominalaktienkapital von 1,39 Milliarden Mark verteilen im Durchschnitt für das Jahr 1909 eine Dividende in Höhe von 4,3 pzt., während für das Jahr zuvor auf ein von zirka 14 Millionen niedrigeres Kapital 3,4 pzt. ausgeschüttet worden waren. Die Banken endlich einschließlich der Versicherungsgesellschaften gaben 8,3 gegen 8,1 pzt. Dividende. Das ist der Durchschnitt für 485 Gesellschaften mit einem Kapital von 3,76 Milliarden Mark.

Es ist an dieser Stelle in letzter Zeit wiederholt auf die Bewegung der Großhandelspreise hingewiesen worden, die lange hindurch im Gegensatz zu der Bewegung die Detail- und hier namentlich wieder zu der die Nahrungsmittelpreise eine im Vergleich zum Vorjahr stärker reichende Minderung eingeleitet hatten. Der September hat in dieser Beziehung eine auffällige Veränderung der Tendenz gebracht. Während noch im August der Index für die Großhandelspreise um 5,49 pzt. hinter dem Vorjahr zurückblieb, ist die Steigerung im September so heftig gewesen, daß das Minus gegen 1909 nur noch 0,86 pzt. beträgt. Zweifellos kommt in der ziemlich durchgängigen Erhöhung auch schon die Wirkung der Verteuerung der Geldleihe zum Ausdruck. Bei dieser Entwindung der Großhandelspreise wäre, falls sie anhaltend sein sollte, vorläufig nicht mit einer Ermäßigung der Detailpreise zu rechnen, vielmehr müßte man bezorgen, daß auch hier neue Preisaufschläge in Aussicht liegen. Der lebhaftere Verkehr vor Weihnachten bietet ja für Preissteigerungen in guten Jahren stets und ständig einen fruchtbarsten Boden.

W e r l i n , 6 . N o v e m b e r 1 9 1 0 . R i c h . S a l w e r .

### Politische Umschau.

**Bevorstehender Wiedereintritt des Reichstages.** — Die nächsten Arbeiten des Reichstages. — Der höchst erbanliche Erb. — Der Schiffahrtskongress. — Gesehenswürdig. — Wahlvorbereitungen. — Zur Reichsnot. — Beginn des Raabiter Krawallprozesses. — Eine ordnungspolitische Anlagenschrift. — Briand's Kampfsprogramm gegen das Koalitionsrecht. — Blutige Streikwalle in Süd-Wales.

Nachdem schon Mitte September die Zustimmungskommission und die Kommission für die Reichsversicherungsordnung ihre Arbeiten wieder aufgenommen haben, von denen erstere ihre Arbeiten erledigt hat, wird das Plenum des Reichstages am voraussichtlich letzten Tagungsabschnitt der jetzigen Legislaturperiode zu ammentreten, um

zunächst über einen Gesetzentwurf, betreffend die durch die neue Strafprozeßordnung veranlaßte Veränderung des Gerichtsverfahrgesetzes, über den Schutz des zur Anfertigung von Reichsbanknoten verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung und über die Befreiung von Reichsbanknoten zu verhandeln. Mit einem sanftern Auftakt wird also durch diese zu feinerlei Auseinandergeraten der Geister Veranlassung gebenden Gesetzesvorlagen die Session beginnen, die jedoch, wenn nicht alle Angelegenheiten, bald im Zeichen des Sturmes stehen wird. Schon bei den von den einzelnen Parteien zu erwartenden Interpellationen wird es sicher zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem schwarz-blauen Block und den Oppositionsparteien kommen; dann wird auch der Schweizer von Hofenfinow aus seiner philosophischen Ruhe herauszutreten und, will er nicht das offizielle Blatt in der Wilhelmstraße verleugnen, offen vor dem Volke kundtun müssen, daß die Regierung vollständig ins Fahrwasser des schwarz-blauen Blocks hinübergetrieben ist. Besonders erhöht mag noch werden, daß die sozialdemokratische Fraktion eine Interpellation über die Königsberger Kaisersee einbringen wird, die den Reichskanzler als den verantwortlichen Leiter zwingen soll, Rede und Antwort zu geben über seine Stellung zu dem profokatorischen Vorstoß des Absolutismus.

Im Laufe der Berichtwoche ist nun auch, wenigstens in großen Umrissen, der Etat, nach Herrn v. Bethmann-Hollwegs Äußerungen ein nicht unwichtiges Stück seines Programms, in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht worden und wird dem Reichstage noch kurz vor den Reichstagsferien vorgehen. Wie recht wir hatten, als wir in unserer vorletzten Nummer das in einzelnen Teilen schon früher veröffentlichte Werk des Reichskanzlers Bernuth als Prüfungsvorbereitung für die Wählermassen charakterisierten, erweist sich nun, da der ganze Etat uns vorliegt.

Der ordentliche Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 2 707 810 913 ab. Aus den Zöllen und Steuern sind 2 670 854 mehr in den Etat eingestellt. Darunter befinden sich 18 Millionen Mark als Ertrag der Reichsmergwarenfabrik, die vom Reichstag noch gar nicht bewilligt ist. An Ueberschüssen bringt die Reichspost 71 599 319 (mehr 18 648 161), die Reichsbank 3 888 101 (weniger 8 866 980), die Eisenbahnverwaltung 18 707 495 (mehr 2 659 775).

Aus den Ueberschüssen der Reichsbank sind angelegt 15 590 000 (weniger 8 892 000). Der Reichsinvalidenfonds wird Ende Juni 1911 aufgebracht sein; 52 1/2 weitere Millionen, die aus ihm zu deduzieren, müssen anderweitig aufgebracht werden. Ein besonderer Etat für diesen Fonds ist nicht mehr aufgestellt worden, weil die ganzen Ausgaben künftig auf den Pensionsfonds übertragen werden. Die Militärbeiträge sind wieder auf den vollen Satz von 80 k für den Kopf der Bevölkerung auf insgesamt 48 512 000 bemessen worden.

Ein Sonderetat bringt die Heeresverstarbung, die Kosten in Höhe von 7 908 717 verursacht. Zur Ausgleichung des Etats ist eine Anleihe von 97 755 930 vorgezogen.

Aus den Einnahmen seien folgende Posten hervorzuheben: Zölle 633 291 000, indirekte Steuern 573 728 000, Stempelsteuern 270 724 000.

Aus den ordentlichen Ausgaben seien erwähnt: Reichswehr 710 850 650, Auswärtiges Amt 18 589 783, Reichsamt des Innern 89 045 767, Marine 167 212 854, Reichskolonialamt 2 889 504, Reichspost 643 730 369, Reichseisenbahnen 101 927 330.

Einmalige Ausgaben: Reichsamt des Innern 1 729 400, Reichspost 18 831 832, Reichswehr 73 322 981, Marine 174 236 825, Reichskolonialamt 19 616 539. Der Heeresetat sieht wieder eine ganze Menge neuer Stellen vor.

Es sollen neu errichtet werden: 1 Generalinspektion des Militärverwehrens, 1 Inspektion des Militär-Luftschiff- und Kraftfahrzeugwesens, 107 Maschinengetriebkompanien, 1 Fußartillerieregiment, 1 Kraftfahrzeugbataillon und 2 Luftschiffbataillone. Die hierzu erforderlichen Unteroffiziere und Mannschaften werden zu einem großen Teil durch Etatsübertragungen bei den bestehenden Truppenteilen und durch Anrechnung bestehender Formationen gewonnen.

Der Marinetat bringt eine große Menge neuer Stellen, darunter 52 höhere Offiziere, ferner 12 höhere Beamte und 3264 Unteroffiziere und Gemeine. Die Ausgaben für Instandhaltung von Schiffen ist auf 46 634 000 (mehr 3 360 674) geklären.

Aus dem Kolonialetat ist zu erwähnen, daß Logo- und Samoa keine Reichszuflüsse mehr erhalten. Außerdem beträgt der Reichszuflüsse 25 747 971.

Der Postetat bringt eine erhebliche Anzahl Neubauten in den verschiedensten Teilen des Deutschen Reichs.

Nach dem neuen Etatsentwurf sehen sich die indirekten Steuern wie folgt zusammen:

	1909	gegen 1910	
		mehr	weniger
Zölle	638291000	6391000	—
Zabaksteuer	14549000	136000	—
Zigarettensteuer	25814000	2108000	—
Zuckersteuer	151919000	4741000	—
Salzsteuer	5825000	202000	—
Branntweinsteuer	158476000	—	18524000
Essigsteuer	641000	137000	—
Schammpfennigsteuer	10876000	666000	—
Leuchtstoffsteuer	8963000	—	6050000
Bündelwaresteuer	15776000	768000	—
Brausteuer u. Uebergangsabgabe für Bier	123468000	11982000	—

Verbürgert werden verdient zunächst, daß die Erwartungen auf den nachden Ertrag der „Finanzreform“ völlig zu Wasser geworden sind. Wie sehr dieses Nachwerk des schwarz-blauen Blocks verjagt hat, dafür liefert den augenfälligsten Beweis die Steuer auf Zündhölzer und Leuchtstoffe, die 45 Millionen Mark bringen sollte, nun aber mit nur 24 Millionen Mark in den Etat eingestellt werden konnte. So mußte der Reichskanzler

zu dem eigenartigen Staatsstücken schreiten und schon...

Außer den obengenannten Gesetzentwürfen ist dem Reichstage auch der Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsabgaben...

Die einzelnen Bundesstaaten seien auf die Dauer nicht in der Lage, auf Einnahmen aus Schiffsabgaben zu verzichten...

Zu dem bestehenden Unheil einer verkehrten Wirtschaft und Verkehrslosigkeit kommt damit ein neues. Als „Rechtfertigung“ der Einführung von Schiffsabgaben muß die Reichsfinanzkommission behaupten...

Welch außerordentliche Vorbereitungen und Anstrengungen schon jetzt zu den doch immerhin erst in fast einem Jahre stattfindenden Reichstagsneuwahlen...

bei keiner Wahl vernünftigen lassen, wird aber dem Agrarblatt wenig angenehm sein. Was die bürgerlichen Parteien betrifft...

Im Vorhinein von Maßnahmen zur Bänderung der Reichsfinanz hat es nicht gefehlt; vor allen Dingen ist immer wieder die einzig wirksame Maßnahme eine Öffnung der Grenzen...

„Während der Reichstagsferien die Eingabe der Stadt Essen, in der um Maßnahmen zur Bänderung der Reichsfinanz...“

Ständig wird das Unheil des Lebensmittelmangels für das arbeitende Volk verschärft durch außerordentlich heftige Vorfälle der Reaktionseigenen. Als ein solcher Vorfall ist auch der im Anfang dieser Woche begonnene Mobilität...

„Alles, was mit der Kirche und ihren Einrichtungen zusammenhängt, verfolge.“ Alles in allem ist die Anklageschrift eine wahre Musterleistung...

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel mehr, daß in Deutschland ein neuer scharfer Vorstoß gegen die Sozialdemokratie und die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen sich vorbereitet. Da sind denn unsere Reaktionsäre in der glücklichen Lage...

Die wichtigste Stelle der Erklärung handelt natürlich von den Maßnahmen gegen künftige Streiks. Es sei notwendig, die Berufsständeleute in ihren nützlichen Bestrebungen zu fördern...

Die „Deutsche Tageszeitung“ freut sich dessen, besonders deshalb, weil auch die rechtstehenden Parteien diesmal mit den nötigen Vorbereitungen rechtzeitig begonnen haben. Daß auch die Sozialdemokraten mit ihrer selbst von generischer Seite anerkannten muttergöttlichen Organisation so tüchtig sind...

nahmen zu treffen, um den öffentlichen Dienst im Falle eines Ausstandes der in ihm Angestellten sicher zu stellen.

Nach Beilegung der Regierungserklärung begann eine Reihe von Interpellationen; die Debatten sind noch nicht abgeschlossen. Es sei heute nur erwähnt, daß Jaurès in einer großartigen Rede die Regierungserklärung als ein neues Tagedespielertum...

Auch aus Süd-Wales (England) sind Mitteilungen über Streikunruhen gekommen. Es stehen u. a. 5000 Grubenarbeiter im Streik, denen sich Tausende von Arbeitern anderer Berufe angeschlossen haben.

„Wir möchten nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß in Süd-Wales von einem bestimmenden Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterschaft im allgemeinen und die Streikenden im besonderen keine Rede sein kann.“

Und doch Streiktravalle, sehr viel schlimmere als sie sich in Moabit ereignet haben! Es sollte uns aber gar nicht mindern, wenn deutsche Schachmattorgane frech und unverschämmt genug wären, auch diese Strafmale auf umfährerliche Verheerung zurückzuführen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

- Deutschland: Maurer: Bramsche (Streik), Holmbrechts b. Hof (Streik), Herford (Sperrung über die Arbeiten von Althoff & Lakemeier in Schweicheln), Laage (Streik), Lüdenscheid (Sperrung über die Bauten der Unternehmer in Meinerzhagen), Memel (Sperrung über Paul Behrendt), Ochsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fuhsbüttel), Podeljuch (Sperrung über Rich. Kleinke in Podeljuch, Herm. Koch in Finkenwalde, Albert Köhneemann in Klütz und Aug. Sack in Retzowfelde), Rendsburg (Sperrung über die Baugeschäfte in Durvenstedt), Soden-Salzmünster (Sperrung über Ruppel & Klingenberg), Fliesenleger: Gelsonkirchen (Sperrung über die Firmen Hünnebeck & Co., Stolze und den Zwischenmeister Herschel), Isolierer und Steinhölzler: Bremen (Differenzen), Dresden (Sperrung über Grünzweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon).

Cesterreich

Jungbunzlau.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Hünneberg, Wergeln und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Dortmund.

Aus Lüdenscheid schreibt man uns: Die Bauunternehmer von Meinerzhagen - Tarifbrecher! Die Schlichtungskommission für das Baugewerbe verhandelte am 8. November in einer Sitzung über die Beschwerde unseres Verbandes gegen die Unternehmer von Meinerzhagen wegen Tarifbruchs. Die Meinerzhagener Unternehmer haben sich seit Abschluß des Vertrages hartnäckig geweigert, den Vertrag anzuerkennen und nicht mehrere Pfennig unter Tarif bezahlt. Gegen Gerbit hat sich dort die Bautätigkeit sehr gehoben und nun wandten sich einzelne Unternehmer an unsern Verband, um

Leute zu bekommen. Die Vertreter der Organisation drehen nun den Spiegel um, beneideten den Unternehmern die Leute und reichlich Beschwärde bei der Schlichtungs-Kommission ein. Sie beschuldigen die Arbeiterorganisationen in Meinerzhagen, die freie Hand zu lassen, den Zugang fernzuhalten. Sie erbieten sich, die Leute, die in Meinerzhagen aufhören, in Lüdenscheid einzuführen. Auch die dortigen Unternehmer müßten gegungen werden, den Vertrag einzubringen. Damit ist der Tarifstreik der Meinerzhagener Unternehmer dokumentarisch festgelegt. Sie leben außerhalb des Vertrages und kein Mann der Duz losgehen.

Kollegen, meidet Meinerzhagen, heißt den Zugang fernhalten und zwingt die Unternehmer, den Tarifvertrag einzubringen. Bauarbeiter, die in Meinerzhagen Arbeit annehmen, sind Streikbrecher. Niemand sollte sich dazu misbrauchen. Der Unternehmer Wehmann, besonders nicht Maurer, er ist gerade einer derjenigen, die viel versprechen und wenig halten. Weibe also jeder von Meinerzhagen fort.

**Gau Frankfurt.**

In Mainz, so teilt man uns von dort mit, wurde am 9. November für die Arbeiter der Zementindustrie mit dem Arbeitgeberverband und den Spezialgeschäften einerseits und die in Frage kommenden Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter andererseits ein Vertrag abgeschlossen, der bis zum 31. März 1913 Geltung hat. Die Bauhilfsarbeiter hatten am 31. Oktober bei der Firma Johann Schreier, die auf der Jungferheimer Aue einen größeren Fabrikneubau in Eisenkonstruktion ausführt, Forderungen gestellt und, als ihnen diese nicht bewilligt wurden, die Arbeit eingestellt. Eine Schlichtungs-Kommission am 2. November, an der auch der Sekretär des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes teilnahm, führte zu dem Ergebnis, daß die Unternehmer die Verpflichtung übernahmen, innerhalb acht Tagen zwecks Abschluß eines Vertrages erneut in Unterhandlung zu treten. Demgegenüber verpflichteten sich die Bauhilfsarbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am 3. November wurden nun von den Zementwerken, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern Forderungen an die in Betracht kommenden Unternehmer eingereicht, und am 9. November fanden die Verhandlungen statt. Der Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes machte dabei den Versuch, die Verhandlungen in Frankfurt stattfinden zu lassen, wogegen sich aber die in Betracht kommenden Organisationen auf das energischste wehrten. Wohl oder übel mußte man auch dem Verlangen der Arbeiterorganisationen Rechnung tragen und die Verhandlungen in Mainz stattfinden lassen. Es kam folgende Vereinbarung zustande: Der Stundenlohn für Zementure beträgt vom 1. November an 55 s, vom 1. April 1911 an 67 s und vom 1. April 1912 an 68 s; für Zimmerer vom 1. November an 54 s, vom 1. April 1911 an 57 s und vom 1. April 1912 an 58 s; für Bauhilfsarbeiter vom 1. November an 43 s, vom 1. April 1911 an 45 s und vom 1. April 1912 an 46 s. Der Durchschnittslohn war vor der Bewegung für Zementure 54 s, für Zimmerer 53 s und für Bauhilfsarbeiter 39 s. Die Zementure und Zimmerer haben bei der Bewegung für die Vertragszeit eine Lohnerhöhung von 4 bis 5 s, die Bauhilfsarbeiter eine solche von 7 s pro Stunde erreicht. Ferner wurden die Forderungen für Hebelarbeit, Leberstunden usw. analog den Frankfurter Vertragsbestimmungen für die Spezialgeschäfte ausgearbeitet. Am 11. November haben die in Betracht kommenden Arbeiter in ihren Versammlungen diesen Bestimmungen zugestimmt, so daß auch für diese Gruppe der Bauarbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt sind. Nun liegt es an den Kollegen, diesen schönen Sieg im Interesse der Organisation zu verwerten und dafür Sorge zu tragen, daß die diese Errungenschaften mit für sich in Anspruch nehmen, auch für die Organisation gewonnen werden.

**Eine Debatte über den „Grundstein“.**

Unser Bremer Zweigverein mußte sich am 10. November mit der Schreibweise des „Grundstein“ beschäftigen. Der Kollege Böhlant hatte in einer vorausgegangenen Versammlung folgende Resolution beantragt:

„Die heutige Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen den Artikel in Nr. 40 des „Grundstein“, betreffend die Wadenen Disziplinbrecher. Sie ist der Ansicht, daß durch diesen Artikel dem Disziplinbruch geradezu das Wort geredet wird.“

Um eine gründliche Erörterung zu ermöglichen, hatte man die Resolution zurückgestellt. Zu der Versammlung am 10. November war Kollege August Winnig erschienen, um die Haltung der Redaktion persönlich zu vertreten. Kollege Böhlant begründete seine Resolution in einer längeren Rede. Er wollte mit seinem Vorhaben die Redaktion des „Grundstein“ nicht kränken, er wollte vielmehr nur Klarheit darüber schaffen, daß die Mehrheit der Verbandsmitglieder den Standpunkt des „Grundstein“ in dieser Frage nicht teile. Man sei es längst gewohnt, den „Grundstein“ auf der Seite der Kleinen, hoffnungslosen Minderheit der Partei zu finden. Darüber rege er sich auch gar nicht auf. Aber daß der „Grundstein“ als Gewerkschaftsblatt dem Disziplinbruch das Wort rede, das gehe nicht an, dagegen müsse er ganz nachdrücklich protestieren. Für den Verband predige der „Grundstein“ die strengste Disziplin, während der Bewegung dieses Jahres habe er fort und fort die unüberwindliche Disziplin gefordert und in der politischen Bewegung verherliche er den offenkundigsten Disziplinbruch, der jemals verübt worden sei. Sollten etwa zweierlei Arten von Disziplin, eine für die Gewerkschaften und eine für die Partei eingeführt werden? Darum müßte die Versammlung durch Annahme der Resolution dem „Grundstein“ bedeuten, daß er in diesem Falle die deutschen Maurer nicht hinter sich habe. Man dürfe diese revisionistischen Vorstöße nicht ruhig geschehen lassen. Es sei eine Dreifigkeit ohne gleichen, nachdem drei Parteitage in der Budgetfrage gesprochen und entschieden hätten, sich über diese Beschlüsse hinweg-

zusehen und ihre Verletzung zu rechtfertigen. An der Hand des Parteitageprotokolls stützerte Kollege Böhlant dann den Verlauf der Magdeburger Budgetdebatte. Die national-liberale Politik der Kolb und Genossen und die frivole Herausforderung Preuss hätte so beunruhlicht werden müssen, wie es der Parteitag getan. Es sei unerhört, wenn der „Grundstein“ jähre, die Vorgänge bei der Abstimmung auf dem Magdeburger Parteitag hätten an die berüchtigte Rezenbernacht des Jahres 1909 erinnert, wo eine zum äußersten entschlossene Reichstagsmehrheit den Budgetzolltarif gewaltsam durchgesetzt hätte. Das sei Futter für den Reichverband! Darum müßte die Resolution angenommen werden. Wie recht hätte Genosse Weibel doch mit seinem Rate, den Führern und besonders den Redakteuren miträufeln auf die Tünger zu sehen. Der „Grundstein“ besaß sich manchmal über den Ton gewisser Parteiblätter, und dabei gebrauche er unbedenklich Schimpfwörter, wie Bahnsinn, Niedertracht, infame Demagogie, Konfusionsär, Rubensfick usw. Und konsequent sei der „Grundstein“ auch nicht; in seinem Begrüßungsartikel zum Parteitag ergehe er sich in beschwommenen Redensarten, ohne den Mut zu finden, sich ehrlich auf die Seite der Schwächlichen zu stellen, wo es ihn doch hänge. Nach weiteren Ausführungen über Budgetbewilligung und Revisionismus schloß Kollege Böhlant unter lebhaftem Beifall seine Begründungsrede.

Zur Erwidrerung nahm dann Winnig das Wort, der in einer fünfviertelstündigen Rede etwa folgendes ausführte: Dem Kollegen Böhlant bin ich dankbar für diese Gelegenheit, vor den Bremer Verbandsmitgliedern die Haltung des „Grundstein“ zu vertreten. Durch seine Ausführungen hat er mich genötigt, gleichfalls über innere Fragen der Arbeiterbewegung zu sprechen, nur werde ich ihm darin nicht folgen, daß ich an Ihr Gefühl appelliere; ich werde mich an den ruhigen, abwägenden Verstand. — Der „Grundstein“ hat von seiner ersten Nummer an den politischen Gegenständen viel Raum gewidmet, er ist fast immer ein halbpolitisches Blatt gewesen und hat dadurch in Gegenwart, die der politischen Arbeiterpreise verschlossen blieb, viel Aufführungsarbeit getan. Die Behandlung der politischen Angelegenheiten ist so zu einer Tradition unseres Blattes geworden, mit der wir höfentlich nie brechen werden. Selbstverständlich behandeln wir die Politik stets im Geiste des demokratischen Sozialismus. Das hat uns viele Angriffe aus dem Lager der Gegner eingetragen, aber die konnten uns nicht abhalten, an der politischen Aufführung weiterzuarbeiten. Wenn wir uns nun in solchen Umfange für die politische Bewegung engagieren, sie fördern und ihre Maßnahmen vor den Gegnern vertreten, so stieß daraus für uns ein Recht, auf die politische Bewegung und ihre Maßnahmen einen Einfluß auszuüben. Es entspricht also einem ganz berechtigten Verlangen, wenn wir im „Grundstein“ zu dieser die Partei so sehr bewegenden Frage unsere Meinung sagen. Ich glaube, wenn wir eine andere Meinung geäußert hätten, etwa die Meinung der „Bremer Bürgerzeitung“, dann hätte Kollege Böhlant gewiß nichts gegen uns gesagt. Aber wir können nur unsere Ansichten, nicht die dieses oder jenes Genossen im „Grundstein“ vertreten. Ganz abwegig ist der Vorwurf, unserer Haltung mangle die Konsequenz. Wer sich beim Leser etwas denkt, kann aus dem Artikel, der vor dem Parteitag erschien, keine andere Ansicht herauslesen, als in dem enthalten ist, der das Ergebnis des Parteitages würdigt. In beiden ist ausgesprochen, daß die Resolutionen zur Budgetfrage nicht billigen und Freiheit für die Fraktionen in den Einzelanträgen fordern, allerdings Freiheit im Rahmen des Parteiprogramms. Ungerecht ist der Vorwurf, der „Grundstein“ hätte den Disziplinbruch verherlicht. Keine Zeile wird man in den Artikeln finden, die diesen Vorwurf rechtfertigen. Wir haben allerdings auch nicht auf die Wadenen wegen des Disziplinbruchs geschimpft, aber das war doch wirklich schon genug geschehen. Ich verurteile den Disziplinbruch, aber nicht minder verurteile ich die Beschlüsse, die Disziplinbrüche zeitigen müssen. Wer Disziplin fordert, darf nicht mehr verlangen, als ohne Schädigung wichtiger Interessen möglich ist. Wenn wir einmal auf Gewerkschaftslogenreisen beschließen, keine Organisation dürfe künftig Tarifverträge abschließen, so müßten wir uns auch sicher auf diese Disziplinbrüche gefaßt machen. Darum wird kein Gewerkschaftslogengreß solche Dinge beschließen. Die Abstimmung zum Budget ist dadurch in der Partei fröhtig geworden, weil wir gewachsen sind, weil unser Einfluß in den Einzelanträgen stieg, der es bewirkte, daß das Budget unsern Wünschen entgegenkam. (Wegner geht dann die Gründe für die Budgetbewilligung durch, wie sie in dem Artikel in Nr. 40 des „Grundstein“ enthalten sind und unterzieht sich besonders den auch von Böhlant vertretenen Grundsatz einer eingehenden Prüfung, daß man dem Klassenstaat keine Mittel bewilligen dürfe.) Wer diesen Grundsatz billigt, verkennt die parlamentarische Praxis. Wir haben durch unsere Reichstagsabgeordneten den Klassenstaat 60 Millionen Mark Erbschaftsteuer bewilligen lassen, leider ist es nicht gelungen. Neben Vertreter jenes Grundsatzes verweise ich auf diese Tatsache; mit ihr muß sich auseinandersetzen, wer sich zu jenem unhaltbaren Prinzip bekennt. Der Klassenstaat ist der Boden, auf dem wir leben und kämpfen müssen. Wir können ihn nicht überwinden, indem wir uns absetzen stellen und die Mittel zu seiner Existenz bezweckern, sondern nur, indem wir seine Einrichtungen umändern. Der Kapitalismus hat, wissenschaftlich und nicht gefühlsmäßig betrachtet, das gleiche historische Recht, wie es der Feudalismus hatte und wie es der Sozialismus einst haben wird. Nicht durch Proteste, sondern durch neuschaffende Arbeit werden wir den Klassenstaat überwinden. Nicht Worte, sondern Stoff-

mische Tatsachen sind das Ferment der Entwicklung zum Sozialismus. — Für das, was der „Grundstein“ geschrieben hat, übernehme ich die volle Verantwortung; was mein sozialistisches Gewissen gutheißt, vertrete ich getrost vor jedem Forum. Die auch von Böhlant zitierte Aufforderung zum Mittragen gegen uns lehne ich für alle Zukunft als ungerecht und organisationswidrig ab. Wir können die uns zugewiesenen Aufgaben nur erfüllen, wenn wir das Vertrauen der Kollegenschaft haben. Mit dem Augenblicke, wo uns die Mehrheit der Kollegen ihr Mittragen bekennt, müssen wir zurücktreten. (Wegner behandelte dann die von Böhlant angebotene Polemik mit dem Organ des Zimmererverbandes. Er gibt zu, daß sie außerordentlich scharf, aber durch die schweren Angriffe bedingt gewesen sei.) Ich bitte Sie nicht darum, die Resolution abzulehnen, ich appelliere nur an Ihren gesunden Verstand. Beschließen Sie die Disziplin, so macht zwar eine Schwärze noch keinen Sommer, aber dies Beispiel könnte möglicherweise Nachahmung finden. Und darum seien Sie sich der Bedeutung Ihrer Abstimmung bewußt, bedenken Sie besonders, daß ein Zweigverein wie der Bremer ernst genommen werden muß.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde beschloffen, von weiteren Erörterungen abzusehen und nun, nach Anhörung beider Teile, über die Resolution abzustimmen. Darauf wurde die Resolution mit sehr großer Mehrheit abgelehnt; für sie stimmten nur etwa 12 bis 15 Kollegen. Der Leiter der Versammlung, Kollege Wegmann, sprach ein kurzes Schlusswort, in dem er sagte, man müsse es dem Kollegen Böhlant dank wissen, daß er durch seine Resolution diese Auseinandersetzung herbeigeführt habe, die, wie die Abstimmung beweise, außerordentlich aufklärend gewesen habe.

**Neue Kampfmittel.**

Nachdem sich die Redaktion des „Grundstein“ mit ihren beiden Artikeln: „Das Genossenschaftswesen als Kampfmittel“ in den Nummern 42 und 44 des „Grundstein“ gemessenmaßen um eine klare Stellungnahme zu den angeregten Mitteln herumgedreht und der Kollege Lehmann meinen Vorstoß annehmend falsch verstanden hat, was darauf schließen läßt, daß ich mich nicht richtig verständlich gemacht habe, erlaube ich mir, nochmals den „Grundstein“ in Anspruch zu nehmen. Mein Plan rechnet mit der Allgemeinheit der Mieter, besonders der gewerkschaftlich oder politisch organisierten. Alle diese Mietergenossen haben damit zu rechnen, daß die Mieten immer höher steigen werden, wodurch der Grund und Boden in Preise immer höher geschraubt wird, so daß wieder Mietssteigerungen Platz greifen. Diese Mieter haben also gegen die ewigen Steigerungen schon seit langer Zeit gekämpft. Einen Erfolg haben sie aber nirgends zu verzeichnen, weil einfach die Hausbesitzer die Höhe der Mieten bestimmen. Diese Mieter sollen also in erster Linie die Möglichkeit des Wohnens erhalten. Sie sollen Bauvereine gründen, Land kaufen und Häuser darauf errichten lassen. Dies geschieht heute schon vielfach, wenn auch meistens von unsern Gegnern. Tausende von Wohnungen sind in Deutschland auf diese Weise errichtet, und es sind auch Tausende von Genossenschafts- und Parteigenossen, die in diesen Unternehmungen beteiligt sind. Nur haben sie in diesen Genossenschaften nichts zu sagen; weil sie in der Minderheit sind. Selbst aber, wenn sie an einigen Orten die Mehrheit haben oder durch Propaganda unerwartet bestärkt, dann werden sie uns nicht in unsere Kämpfe ziehen, weil sie eine ganz andere Organisation mit andern Zielen darstellen. Diese Bauvereine können uns nur nützen, wenn wir Einfluß auf diese Gebilde hätten. Diesen Einfluß können wir uns zum Teil durch unsere Verbände, mehr aber noch als Bauausführende sichern, letzteres dadurch, daß wir als Konkurrenten mit den Bauunternehmern auftreten können. Wollen wir dies, dann müssen wir erst zeigen, was wir leisten können. Dies können wir doch nur dadurch, indem wir uns als Produktionsgenossenschaft etablieren und selbst etwas errichten, wozu natürlich Kapital notwendig ist. Was wir erbauen können, das wollen wir auch nicht Hausbesitzern verkaufen, sondern das können wir dadurch zinsbringend verwenden, daß unsere eigenen Berufsgenossen die Wohnungen mieten. Möglich ist es aber, daß der ins Leben gerufene Bauverein von uns gleichgültigen Mietern diese Häuser kauft und wir dadurch wieder flüssiges Kapital bekämen; denn der Bauverein baut doch nicht in eigener Regie, sondern würde die Bauten Bauunternehmern übertragen. Findet dieser Verein, daß er mit unsern fertigen Häusern nicht schlechter fährt, dann kauft er uns die fertigen Häuser ab. Müßten wir aber unsere Häuser behalten, dann haben wir mindestens Erfahrung gesammelt und auch das Vertrauen gewonnen, daß wir uns um den Bau der Häuser des Bauvereins bemerken können.

Im jetzigen Gau Dresden haben die Arbeitergenossenschaft für rund vier Millionen Mark Bauten errichtet. Bauten wir selbst, dann hätten wir sicher den größten Teil dieser Bauten ausgeführt. Wenn die Leser diese meine Ausführungen lesen, wird der Dresdener Konsumverein den Bau von Wohnhäusern in sein Statut aufnehmen haben und andere Vereine werden folgen. In einem andern Verein ist diese Frage auch bereits bis zum Beschluß gelaufen. Unsere Anträge, die Bauten in eigener Regie auszuführen, werden abgelehnt, weil die Leitungen dieser Vereine keine Verantwortung auf sich laden wollen und auch nicht können, weil selten Leute vom Fach in den Vorständen sind. Sind sie es aber, dann haben sie anderes zu tun, als Bauten zu leiten. Parteigetungen und auch kapitalträchtige Genossen würden sich gar nicht bestimmen, ihre Arbeiten den Produktionsgenossenschaften der Bauvereine zu übertragen, sobald sie sehen, daß diese leistungsfähig sind. Bei Ausprägungen, wie es die letzte war, finden sich auch andere Leute, wenn sie nicht fanatische Gegner unserer Bestrebungen sind, die uns Arbeiten übertragen würden. Zu all diesen Arbeiten ist ein ansehnliches Betriebskapital notwendig; aber wo ein Wille ist, läßt sich dies auch beschaffen. Der Wille und der Geist müssen natürlich in erster Linie vorhanden sein. Ohne Geist läßt sich nichts machen, das zeigen so recht die Ausführungen der Redaktion. Robert

Oven hat mit seinen Millionen Schiffbruch gelitten. Die 28 reiblichen Pioniere von Hochbale haben mit lumpigen M. 500 den Grundstein zu einer Bewegung gelegt, die heute nicht nur von untern Genossen, sondern, was mehr heißen will, auch von untern Leisenden als eine mächtige Bewegung anerkannt wird, von ersteren gepflegt und von letzteren bitter gehaßt. Welche Bedeutung diese Bewegung für die Arbeiter hat, kann nicht besser illustriert werden, als durch die paar Zeilen in Nr. 45 des „Grundstein“, letzte Seite unter „Vermischtes“. Der Geist zu dieser Bewegung hat sich schwer durchgerungen. Die Geschichte der reiblichen Pioniere zeigt uns wirkliche Kampfnaturen, die ungeachtet aller Anfeindungen ihren Willen konsequent durchsetzten, bis wir nun seit einigen Jahren den Sieg dieser Idee konstatieren können. Zugegeben, daß die Warenverteilung auf genossenschaftlichem Wege leichter war und ist, als die Produzierung und der Vertrieb der hergestellten Produkte, so ist aber heute der Boden doch anders als vor 60 Jahren. Auch können die Produktivgenossenschaften, die vor 20 und mehr Jahren gegründet wurden, nicht abschreckend wirken. Ich will hier keine solchen Gründungen namentlich aufzählen. Die meisten entstanden nach verlorenem Streife. Man hatte nicht so viel Geld, um die Gemäßigten unterzügen zu können, und da gründete man eine Produktivgenossenschaft, natürlich auch ohne Geld. Ohne Geld kann heute niemand mit dem Kapital konkurrieren und früher auch nicht. Daher ist es selbstverständlich, daß diese Genossenschaften fast alle zugrunde gehen mußten. Ohne Geld eine Produktivgenossenschaft zu gründen, halte ich ebenfalls für eine Utopie. Daß das Geld aber aufzubringen wäre, lasse ich mir nicht abtreiben. Keinesfalls soll aber das Geld durch Beiträge aufgebracht werden, wie anscheinend Kollege Lehmann verstanden hat; denn andernfalls könnte er nicht vorschlagen, das Geld zu Kampfwaffen zu verwenden. Daß Müller und Schulz, die sich einige hundert Mark am Monate abgepart haben, dies in die Streikliste abliefern, ist allerdings eine Utopie, wenn es jemals Utopien gegeben hat. Solchen Opfermut sehe ich gar nicht voraus. Ich verlange nur das Opfer, daß die von uns, die etwas haben und die jetzt den Weg nach der Sparsasse machen, um dort das Geld einstragend anzulegen, dieses Geld später in der Produktivgenossenschaft anlegen. Die Genossenschaften bräuchten nur eine gewisse Bürgschaft für die so angelegten Gelder zu leisten. Diese Bürgenschaft hätte die Produktivgenossenschaft der Genossenschaft das Recht der Mitbestimmung einzuräumen, wann, wo und wie gebaut wird; denn ohne ein solches Recht hätten die Produktivgenossenschaften wohl noch Wert für die allgemeine Arbeiterbewegung, aber nicht für die Genossenschaften der Bauern in besondern.

Nach ein paar Worte zu den Ausführungen des Kollegen Lehmann. Jetzt gibt es in den eingemeindeten Orten Dresdens, wo in der Hauptsache die Arbeiter wohnen, Bauland von M. 20 und weniger für das Quadratmeter. Da kostet eine Baustelle rund M. 15 000 bei offener Baustelle, wie sie in den Bezirken meist vorgeschrieben ist. Wehlich ist der Preis in vielen andern Orten Deutschlands. In der Mitte der Städte, wo das Quadratmeter M. 100 bis M. 200 und mehr kostet, baut man heute keine Arbeiterwohnungen, und wir werden dort auch keine bauen. Auch ist der feine Bruchstein, der seine Grundstücke mit ersten Hypotheken belastet. Ja man würde die mit der Latrine jucken müssen, die schuldensfreie Grundstücke haben. Wo ein solch großes Kapital ist, denn doch nicht notwendig, wie Kollege Lehmann voraussetzt. Ganz eigentümlich berührt es aber, daß er es so leicht nimmt, wenn von 3000 Kollegen 400 untergebracht werden könnten. Wir hätten bei der Ausperrung rund 180 000 Mitglieder. Gätten wir den achten Teil davon, also 22 000, bei der Ausperrung unterbringen können, so wären dies zwei Fünftel der Ausgeperrten gewesen. Anstatt M. 5 500 000 Streikuntkosten hätten wir dann nur M. 3 000 000 zu zahlen gehabt, also rund zwei Millionen Mark weniger. 1907 hatten wir Extrabeiträge, die an vielen Orten tüchtigen Staub aufgewirbelt haben. Diese Extrabeiträge haben nicht ganz M. 700 000 gebracht, von denen oben dreier M. 60 000 erst 1908 bezahlt worden sind. 1000 Kollegen zu unterstützen kostet wöchentlich M. 17 000 und in sieben Wochen, wie dieses Jahr, M. 120 000. Können 1000 Kollegen, anstatt ausgeperrt zu sein, arbeiten, würden sie bei 60 % Streikverfall in 50 Streiktagen noch M. 30 000 Beiträge leisten. Das ist also ein Unterschied von M. 150 000 auf je 1000 Kollegen. Gätten wir bei der letzten Ausperrung Produktivgenossenschaften gehabt, die während der Ausperrung tagen wir 4000 Maurer, 2000 Zimmerer und 2000 Bauhilfsarbeiter beschäftigt hätten, dann hätten diese drei Berufe M. 1 200 000, mehr in den Kassen oder genau so viel, wie die deutschen und ausländischen Arbeiter während dieses Kampfes zusammen aufgebracht, haben, worüber so viel geredet und geschrieben wurde. 8000 Bauarbeiter würden auf rund 250 Bauten untergebracht. Das wären sechs Bauten auf jede von den 41 Großstädten Deutschlands. Unser kleinster Zweigverein im Gau Dresden hatte in aller Hast am Tage der Ausperrung fast ohne Geld eine Art Produktivgenossenschaft gegründet. Sie hat während der ganzen Ausperrung 50 Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter beschäftigt und dadurch unsern Verband bei einer Gesamtausgabe von M. 8900 mindestens M. 8000 erspart. Was hätte erzielt werden können, wenn in ganz Deutschland die Sache planmäßig mit dem nötigen Geist unter den Mitgliedern in die Wege geleitet worden wäre? Diesmal glaubten selbst Zweigvereinsleitungen nicht, daß es zur Ausperrung kommen würde und man ließ fünf gerade sein.

Der „Grundstein“ meint, wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit vorhanden sei, dann erst könnten diese Genossenschaften bestehen; aber diese Notwendigkeit sei noch nicht da. Das soll wohl heißen, wenn das genügende Verhältnis für solche Genossenschaften vorhanden ist? Es gibt heute noch Maurer, die meinen, die Genossenschaften hätten keinen Zweck und deshalb treten sie dem Verbande nicht bei. Noch weniger werden die Konsumvereine als wirtschaftliche Notwendigkeit erachtet, weil das Verhältnis dafür fehlt. Um wenigstens Verständnis ist für Genossenschaften vorhanden, die heute noch so gut wie nicht existieren. Das Verständnis für die Genossenschaften wurde durch intensive Agitation geschaffen. Auch die Konsumvereine haben sich Propaganda machen müssen, wo sie zur Wille gelangt sind, wie zum Beispiel in Sachsen, wo man den nur als halben Genossen betrachtet, der dem Konsumverein nicht angehört. Ebenso werden

die, die der Meinung sind, daß Produktivgenossenschaften auch ihre Vorteile haben, dafür agitieren müssen. Solange die Mehrzahl der Genossenschaftsmitglieder von dieser Idee nicht durchdrungen ist, sind es hochfliegende Pläne. Einzelne können es nicht durchführen und wenn sie es doch täten, dann würden es Privatunternehmungen werden, wie andere Bauunternehmungen auch, weil solchen Kollegen von der Masse mißtraut und weil sie beneidet würden, so daß sie sich von der Masse abschließen müßten, was die Genossenschaftsbewegung nicht fördern, sondern eher schädigen würde. Wenn wir den Kassenbestand bis 1913 mit Wille auf die nötige Höhe bringen und ihn dann bei einer Ausperrung wieder opfern müssen, so daß wir erneut an die Neubeschaffung von Millionen denken müssen, dann wird man vielleicht auch erstarrt auf Mittel finden, wie man einige Millionen sparen kann. Obendrein könnte man den Scharfmacherischen Unternehmern zeigen, wo der Weg hingehet, wenn sie es so wie bisher weiter treiben. Gielten es Ziegeleien und Mörtelewerke für praktisch, um keine Waren zu liefern, nun gut, dann läge die wirtschaftliche Notwendigkeit vor, diese Herrschaften ins Panoptikum zu stellen und wir müßten diese Waren selbst herstellen. Ich für meinen Teil stelle es mir nicht schwerer vor, alle Maschinen in Gang zu setzen, als sie mit Hilfe des Generalanstandes alle zusammen zum Stillstand zu bringen.

Aug. Friedrich, Dresden.

Anmerkung der Redaktion. Kollege Friedrich ist im Irrtum, wenn er annimmt, die Redaktion hätte sich mit ihren Urteilen: „Das Genossenschaftswesen als Kampfmittel“ um eine klare Stellungnahme zu der angeregten Frage herumbücken wollen. Die genannten Artikel sollten in erster Linie der Propaganda für die Konsumvereine dienen. Daneben wollten wir an der Entwicklung des Genossenschaftswesens nachweisen, daß die Verwirklichung der von unsern Kollegen angeregten Pläne nicht durch den guten Willen einer mehr oder minder großen Zahl von Kollegen möglich ist, und daß sie auch nicht dadurch möglich wird, daß die Verwirklichung dieser Pläne im Interesse unserer Bewegung liegt, sondern daß zur Verwirklichung solcher Pläne eine wirtschaftliche Notwendigkeit vorhanden sein muß, mit andern Worten, daß das Neue, was an die Stelle des Alten gesetzt werden soll, die Kraft zur Ueberwindung des Alten selbst in sich trägt. Die Verantwortung, die uns unser Amt gibt, ist, meinen wir, so groß, daß wir eine Sache, deren Durchführbarkeit zweifelhaft ist, doch immerhin noch recht zweifelhaft ist, unmöglich ohne weiteres propagieren können. Es ist doch ein Unterschied, ob ein oder der andere Kollege aus dem Lande unter seinem Namen in „Grundstein“ diesen oder jenen Plan propagiert oder ob die Redaktion gewissermaßen für den ganzen Verband das tut. — Im übrigen wollen wir mit diesen Einwendungen die Diskussion über „Neue Kampfmittel“ schließen, da kaum noch etwas neues zu sagen sein dürfte. Unsern Standpunkt zu der Frage werden wir in einer der nächsten Nummern darlegen.

**Die Quittung.**

Die Scharfmacherpresse berichtet über eine Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, in der namentlich die großen Arbeiterbewegungen des laufenden Jahres einer eingehenden Besprechung und Kritik unterzogen wurden. Es wurde hierbei festgestellt, daß diese großen Kämpfe nicht allenthalben zu befriedigenden Ergebnissen geführt haben und es wurde übereinstimmend die schwere Befürchtung ausgesprochen, daß gerade der Ausgang des Kampfes auf den deutschen Sechsstundenwert nicht geeignet ist, dieser und der übrigen Metallindustrie den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten. Dieser Ausgang im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Ausperrung im Baugewerbe legen der deutschen Unternehmerrschafft erneut mit Ernst die Sorge um den weiteren Ausbau der Arbeitgeberorganisationen nahe. Die Vorschläge der Referenten, die aus den Arbeitskämpfen die entsprechenden Lehren zogen und in die Praxis überlehten, fanden die einhellige Zustimmung der Versammlung.

Wehr erhebt man zwar über die Sitzung nicht und auch die Vorschläge des Referenten bleiben uns unbekannt; aber das Zugehändnis, daß der Ausgang der beiden großen Kämpfe den Unternehmern erste Sorgen macht, ist gleichwohl zu vermehren. Es ist die Quittung unseres Erfolges.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

**Krankentüftung im Monat Dezember.** Der diesjährige Verbandstag, in Leipzig hat beschlossen, daß die Krankentüftung auch im Monat Dezember d. J. gezahlt werden soll. Indem wir die Mitglieder und besonders die Zweigvereinsvorstände auf diesen Beschluß hinweisen, machen wir zugleich darauf aufmerksam, daß für den Bezug der Unterstützung nur solche Mitglieder in Frage kommen, die dem Verbande volle zwei Jahre angehören, alle Beitragspflichten (auch Extrabeiträge) erfüllt haben und in diesem Jahre noch nicht ausgeheuert sind.

**Von dem Verbandskalender** ist auch die zweite Auflage begriffen. Wenn jetzt noch Nachfrage nach Kalendern vorhanden ist und die Sicherheit des Abfages besteht, wolle man uns sofort, spätestens bis Ende nächster Woche, Mitteilung machen. Ob wir eine dritte Auflage herstellen lassen, wird von dem Umfange der Bestellung abhängig sein.

**Geldsendungen für die Hauptstelle** sind nur an den Kassierer **Z. Küster, Sankburg 1, Weseninderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 6. bis 12. November 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.**
- Mittling M. 48, Alfeld 16,68, Alenburg 800, Augsburg 800, Aue 200, Barch 100, Burgstädt 500, Brandis 100, Bitterfeld 716,80, Burgdorf 24,50, Berlin 100, Blankenbain 26,78, Bodenau 92,28, Coburg 117,70, Chemnitz 1600, Frankfurt a. M. 29 241,85, Fürttenberg 200, Freiberg i. Pr. 800, Frankfurt a. d. O. 600, Giebichen 20,82, Giebichenberg i. Pr. 15,80, Greene 112,76, Gelsenkirchen 800, Göttingen 200, Göttrou 177,04, Grömmen 85, Glauchau 800, Gumnau 500, Gosenstein-Grünthal 150, Gumbow 4011,90, Gumburg 2000, Gumburg 1100, Halberstadt 300, Gamseln 586,88, Heilbronn 102,85, Herzfelde 103,77, Jüterbog 120,80, Jena 900, Kayna 130, Kirchwarder 159,72, Kranichfeld 72,02, Kautenberg 92,10, Lochau 20,48, Lübeck 388,80, Lumburg 165,51, Lengenfeld 126,80, Landau 37,10, Lindow 167,28, Rehm 650, Mannheim 3000, Mühlhausen i. G. 600, Müchternsdorf 95,50, Magdeburg 5763,29, Meiningen 150,03, Neugersdorf 12, Reinhardenberg 100, Noyebau 600, Nordbain 350, Oels 33,92, Pirna 675, Prignitz 73,10, Pörsheim 518,34, Priegerde 224,34, Plattling 105,33, Pleßchen 98,74, Ronneburg 100, Sagan 156,54, Sengen 67,41, Schlawe 126,85, Seehausen i. d. Altmark 125, Senftenberg 600, Saalfeld 300, Verden 170, Wittmund 28, Weiskens 300, Wurzen 400.
- b) Für Zentrale.**
- Mähm M. 2, Herne 10, Kattowitz 20, Magdeburg 6.
- c) Für Kalender.**
- Freiburg M. 1, Güttrou 5, Kattowitz 25, Lehtin 5, Magdeburg 50, Pirna 25, Ronneburg 12,50, Schlawe 5,50, Verden 10, Wittmund 10.
- d) Für Protokolle.**
- Berlin M. 316, Bodenau 4, Lauterberg 4, Magdeburg 60, Priegerde 7.
- e) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.**
- Mähm M. —,75, Quisburg 1,50, Herne —,75.
- Bekanntmachung.**
- In Nr. 46 muß es unter „Kalender“ von Anklam M. 10 anstatt M. 5 heißen.
- Marken-Verband.** Vom 1. bis 12. November sind Marken verhandelt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalfondsmarken):
- Achersleben 500 B à 55 A, 1000 K à 10, 10 E à 50, Aue 400 B à 50, Auenberg 50 B à 50, 200 B à 50, 50 A à 25, Auenberg 50 B à 50, Auenwalde 5 E à 50, 4 E à 150, Auenrabe 400 B à 70, Auenberg 40 B à 45, 30 B à 60, Aue 200 B à 55, 200 B à 50, Auna 5 E à 150, Anklam 1000 B à 50, 200 B à 40, 200 L à 10, Aden 300 B à 70, Annaberg 600 B à 45.
- Briel 400 B à 55 A, Bernburg 500 B à 45, 300 B à 60, 200 A à 25, Barch 400 B à 40, Barchau 100 A à 25, Berlin 30 000 B à 90, 2000 B à 70, 200 E à 50, Bielefeld 2000 B à 70, 200 B à 65, Bremerbörbe 200 B à 55, Bosenburg 800 B à 55, Bötzen 900 B à 55, Bremerhaven 1000 B à 75, Borsdorf 200 B à 60, Borsitz 200 A à 25, Bützow 400 B à 55, 200 E à 25, Bützow 200 B à 60, Bützow 200 B à 55, 30 E à 50.
- Calefeld 400 B à 40 A, Cossen 1000 B à 45, 10 E à 50, Coburg 5 E à 150, 50 A à 25, Coßfeld 100 B à 40, Coburg 100 B à 50, Copenitz 200 B à 80, Colberg 400 A à 25.
- Dresden 20 000 B à 80 A, 100 E à 50, Dahlen 800 B à 45, Danzig 5000 B à 70, Deutsch-Grafau 500 B à 55, 400 A à 25, Dorfen 200 B à 45, 50 B à 75, 50 A à 25, Dieben 200 B à 60, Dortmund 5000 B à 75, Demmin 200 B à 40, Dessau 1000 B à 60, 50 B à 45, Dornau 2000 B à 65.
- Eggenfeld 50 B à 50 A, Elmshorn 1000 B à 70, Eichsfeld 200 B à 50, 100 A à 25, Eibshausen 100 B à 50, 30 B à 40, Erlangen 400 B à 65, 100 A à 25, 10 E à 150, Eichstädt 50 B à 45, 50 L à 10, Essen 5000 B à 75, 1000 B à 70, Eckersbörbe 400 B à 70.
- Fürttenberg 400 B à 55 A, Fallersleben 200 B à 45, 15 E à 50, Freiberg i. Pr. 200 K à 25, Freiberg 100 B à 40, Friedrichshafen 50 B à 60, Fische 200 B à 50, 100 A à 25.
- Goldberg i. Schl.** 200 B à 55 A, 20 E à 50, Guben 2000 B à 55, Groß-Rennsdorf 200 B à 45, 200 A à 25, Großhadersbörbe 5 E à 150, 2 E à 300, Geper 200 B à 40, Göttrou 400 B à 50, Grünberg i. Schl. 1000 B à 55, 50 B à 40, Gießen 1000 B à 60, Groß-Ziegenort 200 B à 55, Gronau 1500 B à 65.
- Herne 25 E à 150 A, 1200 B à 75, 2000 L à 10, 25 E à 50, Gann 1500 B à 70, 50 E à 50, 20 E à 150, Gabelsleben 1000 B à 65, Gumbow 100 E à 50, Gumbow b. Weiskenssdorf 100 B à 55, Goltzhausen 1000 B à 55, 20 E à 50, 10 E à 150, Garscha 200 B à 50, Heiligenhafen 400 B à 50, Holttau 500 B à 80, Hilttenrode 200 B à 40, 50 B à 60, Hammerstein 100 B à 50, Helfendorf 400 B à 80, 200 B à 55, Jahnitz 600 B à 50 A, Jüterbog 500 B à 50.
- Kraufow 5 E à 50 A, Kaufbeuren 400 B à 55, Königsberg i. Pr. 1000 B à 60, 1000 B à 50, 100 E à 50, Ralsa 400 L à 10.
- Lauffau 100 B à 50 A, Liepe 50 B à 65, 100 A à 25, Rügen 100 B à 55, 200 A à 25, Rützenburg 400 B à 55, 10 E à 50, Lochau 200 B à 60, 100 B à 70, Landsberg a. b. Warthe 10 E à 50, 200 B à 45, 400 B à 60, 200 A à 25, Lengenfeld 250 B à 55, Landsberg a. b. Warthe 5 E à 50, München 10 000 B à 75 A, 10 000 K à 10, Merane 400 L à 10, Müllitz 1000 B à 45, Memel 400 B à 60.
- Neustadt i. Pr. 100 A à 25 A, 100 B à 50, 5 E à 90, 10 E à 150, Neuburg 200 B à 55, Neubow 400 B à 60, 50 B à 40, 100 L à 10, 10 E à 50, Noyebau 1000 B à 80, Neumünster 2000 B à 60, 1000 B à 55, 1200 A à 25, Neuhäsel 20 A à 25, 50 B à 45, 10 E à 50, 2 E à 150, Neuenangene 200 B à 65, 100 B à 70, 100 B à 80.
- Oberkrum 400 B à 60 A, Oßersleben 400 B à 50, 100 B à 45, Osterode i. Pr. 600 B à 60, 200 A à 25, Dranienburg 200 B à 65.
- Prignitz 150 B à 45 A, Penig 400 B à 55, Podersdorf 400 B à 65, 100 A à 25.
- Quakenbück 400 B à 60 A.

Leute zu bekommen. Die Vertreter der Organisation drehen nun den Spieß um, bevorzugen die Unternehmer die Leute und reichlich Beschlüsse bei der Schlichtungskommission ein. Diese beschloß, den Arbeiterorganisationen in Meinerzhagen, freie Hand zu lassen, den Zugang fernzuhalten. Da, sie erboten sich, die Leute, die in Meinerzhagen aufzuführen, in Läden aufzuführen, auch die dortigen Unternehmer müßten genügen werden, den Vertrag einzuhalten. Damit ist der Tarifstreik der Meinerzhager Unternehmer dokumentarisch festgelegt. Diese gehen außerhalb des Vertrages und jetzt kann der Tarif losgehen.

Kollegen, meidet Meinertzhagen, heißt den Zugang fernhalten und zwingt die Unternehmer, den Tarifvertrag einzuhalten. Bauarbeiter, die in Meinerzhagen Arbeit annehmen, sind Streikbrecher. Niemand laßt sich dazu anbringen. Der Unternehmer Weidmann behauptet, auch Maurer, er ist gerade einer dergleichen, die viel besprechen und wenig halten. Weibe also jeder von Meinerzhagen fort.

**Kau Frankfurt.**

In Mainz, so teilt man uns von dort mit, wurde am 9. November für die Arbeiter der Zementbranche mit dem Arbeitgeberverband und den Spezialgeschäften einerseits und den in Frage kommenden Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter andererseits ein Vertrag abgeschlossen, der bis zum 31. März 1913 Geltung hat. Die Bauhilfsarbeiter hatten am 31. Oktober bei der Firma Johann Schreier, die auf der Ingelheimer Aue einen größeren Fabrikneubau in Eisenkonstruktion ausführt, Forderungen gestellt und, als ihnen diese nicht bewilligt wurden, die Arbeit eingestellt. Eine Sitzung der Schlichtungskommission am 2. November, an der auch der Sekretär des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes teilnahm, führte zu dem Ergebnis, daß die Unternehmer die Verpflichtung übernahmen, innerhalb acht Tagen jenseits Ablaufs eines Vertrages erneut in Unterhandlung zu treten. Demgegenüber verpflichteten sich die Bauhilfsarbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen. Am 3. November wurden nun von den Beteiligten Zimmerern und Bauhilfsarbeitern Forderungen an die in Betracht kommenden Unternehmer eingereicht, und am 9. November fanden die Verhandlungen statt. Der Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes machte dabei den Versuch, die Verhandlungen in Frankfurt stattfinden zu lassen, wogegen sich aber die in Betracht kommenden Organisationen auf das energischste wehrten. Wohl oder übel mußte man auch dem Verlangen der Arbeiterorganisationen Rechnung tragen und die Verhandlungen in Mainz stattfinden lassen. Es kam folgende Vereinbarung zustande: Der Stundenlohn für Zementere beträgt vom 1. November an 55 S., vom 1. April 1911 an 67 S. und vom 1. April 1912 an 85 S.; für Zimmerer vom 1. November an 54 S., vom 1. April 1911 an 57 S. und vom 1. April 1912 an 75 S.; für Bauhilfsarbeiter vom 1. November an 43 S., vom 1. April 1911 an 45 S. und vom 1. April 1912 an 46 S. Der Durchschnittslohnlohn war vor der Bewegung für Zementere 54 S., für Zimmerer 63 S. und für Bauhilfsarbeiter 39 S. Die Zementere und Zimmerer haben bei der Bewegung für die Vertragszeit eine Verringerung von 4 bis 5 S., die Bauhilfsarbeiter eine solche von 7 S. pro Stunde erreicht. Ferner wurden die Zuläge für Lieberlandarbeit, Lieberlandzeit usw. analog den Frankfurter Vertragsbestimmungen für die Spezialgeschäfte aufrechterhalten. Am 11. November haben die in Betracht kommenden Arbeiter in ihren Versammlungen diesen Abmachungen zugestimmt, so daß auch für diese Gruppe des Baugewerbes die Lohn- und Arbeitsbedingungen geregelt sind. Nun liegt es an den Kollegen, diesen schönen Sieg im Interesse der Organisation zu verwerten und dafür Sorge zu tragen, daß die diese Ergründungen mit für sich in Anspruch nehmen, auch für die Organisation gewonnen werden.

**Eine Debatte über den „Grundstein“.**

Unser Bremer Zweigverein mußte sich am 10. November mit der Schreibweise des „Grundstein“ beschäftigen. Der Kollege Pöhlant hatte in einer vorausgegangenen Versammlung folgende Resolution beantragt:

Die heutige Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen den Artikel in Nr. 40 des „Grundstein“, betreffend die Badener Disziplinbrecher. Sie ist der Ansicht, daß durch diesen Artikel dem Disziplinbruch geradezu das Wort geredet wird.

Um eine gründliche Erörterung zu ermöglichen, hatte man die Resolution zurückgestellt. Zu der Versammlung am 10. November war Kollege August Winnig erschienen, um die Haltung der Redaktion persönlich zu vertreten. Kollege Pöhlant wolle begründete seine Resolution in einer längeren Rede. Er wollte mit seinem Vorgehen die Redaktion des „Grundstein“ nicht kränken, er wolle vielmehr nur Klarheit darüber schaffen, daß die Mehrheit der Verbandsmitglieder den Standpunkt des „Grundstein“ in dieser Frage nicht teile. Man sei es längst gewohnt, den „Grundstein“ auf der Seite der Kleinen, hoffnungslosen Minderheit der Partei zu finden. Darüber regte er sich auch gar nicht auf. Aber daß der „Grundstein“ als Gewerkschaftsblatt dem Disziplinbruch das Wort rede, das gehe nicht an, dagegen müsse er ganz nachdrücklich protestieren. Für den Verband bedröge der „Grundstein“ die strengste Disziplin, während der Bewegung dieses Jahres habe er fort und fort die unerbittlichste Disziplin gefordert und in der politischen Bewegung verberliche er den offenkundigsten Disziplinbruch, der jemals verübt worden sei. Sollten etwa gweiertei Arten von Disziplin, eine für die Gewerkschaften und eine für die Partei eingeführt werden? Darum müßte die Versammlung durch Annahme der Resolution dem „Grundstein“ bedeuten, daß er in diesem Falle die heutigen Maurer nicht hinter sich habe. Man dürfe diese revisionistischen Vorleser nicht ruhig geschehen lassen. Es sei eine Dreifigkeit ohne gleichen, nachdem drei Parteitage in der Budgetfrage gesprochen und entschieden hätten, sich über diese Beschlüsse hinweg-

zusehen und ihre Verletzung zu rechtfertigen. An der Hand des Parteitageprotokolls stützete Kollege Pöhlant dann den Verlauf der Magdeburger Budgetdebatte. Die national-liberale Politik der Kolb und Gewissen und die frivole Herausforderung Franks hätte so beantwortet werden müssen, wie es der Parteitag getan. Es sei unerträglich, wenn der „Grundstein“ freigeig, die Vorgänge bei der Abstimmung auf dem Magdeburger Parteitag hätten an die verächtliche Dezembernacht des Jahres 1902 erinnert, wo eine zum äußersten entschlossene Reichstagsmehrheit den Budgetzolltarif gewaltsam durchgesetzt hatte. Das sei Futter für den Reichsverband! Darum müsse die Resolution angenommen werden. Wie recht hätte Genosse Weibel doch mit seinem Räte, den Führern und besonders den Redakteuren mitzuträufeln auf die Finger zu legen. Der „Grundstein“ belege sich manchmal über den Ton gewisser Parteiblätter, und dabei gebrauche er unbedeutlich Stimpfworte, wie Bahusinn, Niedertracht, infame Demagogie, Konfusionsart, Vubenstück usw. Und konsequent sei der „Grundstein“ auch nicht; in seinem Begründungsartikel zum Parteitage ergehe er sich in beschönigenden Redensarten, ohne den Mut zu finden, sich ehrlich auf die Seite der Schwächlichen zu stellen, wo es ihn doch hinzöge. Nach weiteren Ausführungen über Budgetbewilligung und Revisionismus schloß Kollege Pöhlant unter lebhaftem Beifall seine Begründungsrede.

Zur Erwidrerung nahm dann Winnig das Wort, der in einer fünfviertelstündigen Rede etwa folgendes ausführte: Dem Kollegen Pöhlant bin ich dankbar für diese Gelegenheit, vor den Bremer Verbandsmitgliedern die Haltung des „Grundstein“ zu vertreten. Durch seine Ausführungen hat er mich genötigt, gleichfalls über innere Fragen der Arbeiterbewegung zu sprechen, nur werde ich ihn darin nicht folgen, daß ich an Ihr Gefühl appelliere; ich werde mich an den ruhig abwägenden Verstand. — Der „Grundstein“ hat von seiner ersten Nummer an den politischen Gegenständen viel Raum gewidmet, er ist fast immer ein halbpolitisches Blatt gewesen und hat dadurch in Gegenwart, die der politischen Arbeiterpreise verschlossen blieben, viel Aufklärungsarbeit getan. Die Behandlung der politischen Angelegenheiten ist ja zu einer Tradition unseres Blattes geworden, mit der wir hoffentlich nie brechen werden. Selbstverständlich behandelten wir die Politik stets im Geiste des demokratischen Sozialismus. Das hat uns viele Angriffe aus dem Lager der Gegner eingetragen, aber die konnten uns nicht abhalten, an der politischen Aufklärung weiterzuarbeiten. Wenn wir uns nun in solchen Umfänge für die politische Bewegung engagieren, sie fördern und ihre Maßnahmen vor den Gegnern vertreten, so stieß daraus für uns ein Recht, auf die politische Bewegung und ihre Maßnahmen einen Einfluß auszuüben. Es entspricht also einem ganz berechtigten Herkommen, wenn wir in „Grundstein“ zu dieser die Partei so sehr bewegenden Frage unsere Meinung sagen. Ich glaube, wenn wir eine andere Meinung geäußert hätten, etwa die Meinung der „Bremer Bürgerzeitung“, dann hätte Kollege Pöhlant gewiß nichts gegen uns gesagt. Aber wir können nur unsere Ansichten, nicht die dieses oder jenes Genossen im „Grundstein“ vertreten. Ganz abwegig ist der Vorwurf, unserer Haltung mangle die Konsequenz. Wer sich beim Leser etwas denkt, kann aus dem Artikel, der vor dem Parteitage erschien, keine andere Ansicht herauslesen, als in dem enthalten ist, der das Ergebnis des Parteitages würdigt. In beiden ist ausgesprochen, daß wir die Resolutionen zur Budgetfrage nicht billigen und Freiheit für die Fraktionen in den Eingeländlagen fordern, allerdings Freiheit im Rahmen des Parteiprogramms. Ungerecht ist der Vorwurf, der „Grundstein“ hätte den Disziplinbruch verberlicht. Keine Zeile wird man in den Artikeln finden, die diesen Vorwurf rechtfertigte. Wir haben allerdings auch nicht auf die Badenier wegen des Disziplinbruchs geschimpft, aber das war doch wirklich schon genug geschehen. Ich verurteile den Disziplinbruch, aber nicht minder verurteile ich die Beschlüsse, die Disziplinbrüche schuldig machen. Wer Disziplin fordert, darf nicht mehr verlangen, als ohne Schädigung wichtiger Interessen möglich ist. Wenn wir einmal auf Gewerkschaftskongressen beschließen, keine Organisation dürfe künftig Tarifverträge abschließen, so müßten wir uns auch sicher auf viele Disziplinbrüche gefaßt machen. Darum wird kein Gewerkschaftskongress solche Dinge beschließen. Die Abstimmung zum Budget ist dadurch in der Partei freitrag geworden, weil wir gewachsen sind, weil unser Einfluß in den Einzellandtagen stieg, der es bewirkte, daß das Budget unseren Wünschen entgegenkam. (Nebst geht dann die Gründe für die Budgetbewilligung durch, wie sie in dem Artikel in Nr. 40 des „Grundstein“ enthalten sind und unterzieht besonders den auch von Pöhlant vertretenen Grundgedanken einer eingehenden Prüfung, daß man dem Klassenstaat keine Mittel bewilligen dürfe.) Wer diesen Grundgedanken billigt, verkennt die parlamentarische Praxis. Wir haben durch unsere Reichstagsabgeordneten dem Klassenstaate 50 Millionen Mark Erbschaftsteuer bewilligen wollen, leider ist es nicht gelungen. Jeden Vertreter jenes Grundgedankes verweise ich auf diese Tatsache; mit ihr muß sich auseinandersetzen, wer sich zu jenem unfaßbaren Prinzip bekennt. Der Klassenstaat ist der Boden, auf dem wir leben und kämpfen müssen. Wir können ihn nicht überwinden, indem wir uns abseits stellen und die Mittel zu seiner Erhaltung verweigern, sondern nur, indem wir seine Einrichtungen umändern. Der Kapitalismus hat, wissenschaftlich und nicht gesüßelmäßig betrachtet, das gleiche historische Recht, wie es der Feudalismus hatte und wie es der Sozialismus einst haben wird. Nicht durch Proteste, sondern durch neuschaffende Arbeit werden wir den Klassenstaat überwinden. Nicht Worte, sondern stono-

nische Tatsachen sind das Ferment der Entwicklung zum Sozialismus. — Für das, was der „Grundstein“ geschrieben hat, übernehme ich die volle Verantwortung; was mein sozialistisches Gewissen gutheißt, vertritt ich getrost vor jedem Forum. Die auch von Pöhlant zitierte Aufforderung zum Mittrauen gegen uns lehne ich für alle Zukunft als unangehört und organisationswidrig ab. Wir können die uns zugewiesenen Aufgaben nur erfüllen, wenn wir das Vertrauen der Kollegenschaft haben. Mit dem Augenblicke, wo uns die Mehrheit der Kollegen ihr Mittrauen behandete, müßten wir zurücktreten. (Nebst behandelt dann die von Pöhlant angebotene Polemik mit dem Organ des Zimmererverbandes. Er gibt zu, daß sie außerordentlich scharf, aber durch die schweren Angriffe bedingt gewesen sei.) Ich bitte Sie nicht darum, die Resolution abzulehnen, ich appelliere nur an Ihren gesunden Verstand. Beschließen Sie die Mißbilligung, so macht aber eine Schulde noch keinen Sommer, aber dies Beispiel könnte möglicherweise Nachahmung finden. Und darum seien Sie sich der Bedeutung Ihrer Abstimmung bewußt, bedenken Sie besonders, daß ein Zweigverein wie der Bremer ernst genommen werden muß.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde beschlossen, von weiteren Erörterungen abzusehen und nun, nach Anhörung beider Teile, über die Resolution abzustimmen. Darauf wurde die Resolution mit sehr großer Mehrheit abgelehnt; für sie stimmten nur etwa 12 bis 15 Kollegen. Der Leiter der Versammlung, Kollege Borgmann, sprach ein kurzes Schlusswort, in dem er sagte, man müsse es dem Kollegen Pöhlant dank wissen, daß er durch seine Resolution diese Auseinandersetzung herbeigeführt habe, die, wie die Abstimmung beweise, außerordentlich aufklärend gewirkt habe.

**Neue Kampfmittel.**

Nachdem sich die Redaktion des „Grundstein“ mit ihren beiden Artikeln: „Das Genossenschaftswesen als Kampfmittel“ in den Nummern 42 und 44 des „Grundstein“ gemäßigtermaßen um eine klare Stellungnahme zu den angeregten Mitteln herumgedreht und der Kollege Behnmann meinen Vorschlag anscheinend falsch verstanden hat, was darauf schließen läßt, daß ich mich nicht richtig verständlich gemacht habe, erlaube ich mir, nochmals den „Grundstein“ in Anspruch zu nehmen. Mein Plan rechnet mit der Allgemeinheit der Mieter, besonders der gewerkschaftlich oder politisch organisierten. Alle diese Mietergenossen haben damit zu rechnen, daß die Mieten immer höher gesteuert werden, wodurch der Grund und Boden im Preise immer höher geschraubt wird, so daß wieder Mietssteigerungen Platz greifen. Diese Mieter haben alle gegen die stetigen Steigerungen schon seit langer Zeit gekämpft. Ein Erfolg haben sie aber nirgends zu verzeichnen, weil einfach die Höhe der Mieten bestimmen. Diese Mieter sollen also in erster Linie die Möglichkeit des Wohnhausbaues geben. Sie sollen Bauvereine gründen, Band kaufen und Häuser darauf errichten lassen. Dies geschieht heute schon vielfach, wenn auch meistens von unsern Gegnern. Tausende von Wohnungen sind in Deutschland auf diese Weise errichtet, und es sind auch Tausende von Genossenschafts- und Parteigenossen, die an diesen Unternehmungen beteiligt sind. Nur haben sie in diesen Genossenschaften nichts zu sagen; weil sie in der Minderheit sind. Selbst aber, wenn sie an einigen Orten die Mehrheit haben oder durch Propaganda unerwartet bestanden, dann werden sie uns nicht in unsern Kämpfen dienen, weil sie eine ganz andere Organisation mit andern Zielen darstellen. Diese Genossenschaften können uns nur nützen, wenn wir Einfluß auf diese Gebilde haben. Diesen Einfluß können wir uns zum Teil durch unsere Verbände, mehr aber noch als Bauausführende sichern, letzteres dadurch, daß wir als Konkurrenten mit den Bauunternehmern auftreten können. Wollen wir dies, dann müssen wir erst zeigen, was wir leisten können. Dies können wir doch nur dadurch, indem wir uns als Produktivgenossenschaft etablieren und selbst etwas errichten, wozu natürlich Kapital notwendig ist. Was wir erbauen können, das wollen wir auch nicht Hausbestehern verkaufen, sondern das können wir dadurch zinsbringend verwenden, daß unsere eigenen Berufsgenossen die Wohnungen mieten. Möglich ist es aber, daß der ins Leben gerufene Bauverein von uns gleichgesinnten Mietern diese Häuser kauft und wir dadurch wieder flüssiges Kapital bekämen; denn der Bauverein baut doch nicht in eigener Regie, sondern würde die Bauten Bauunternehmern übertragen. Findet dieser Verein, daß er mit unsern fertigen Häusern nicht schlechter fährt, dann kauft er uns die fertigen Häuser ab. Müßen wir aber unsere Häuser behalten, dann haben wir mindestens Erfahrung gesammelt und auch das Vertrauen gewonnen, daß wir uns um den Bau der Häuser des Bauvereins bewerben können.

Im jetzigen Gau Dresden haben die Arbeiterkonsumvereine für rund vier Millionen Mark Bauten errichtet. Bauten wir selbst, dann hätten wir sicher den größten Teil dieser Bauten ausgefüllt. Wenn die Leser diese meine Ausführungen lesen, wird der Dresdener Konsumverein den Bau von Wohnhäusern in sein Statut aufgenommen haben und andere Vereine werden folgen. In einem andern Verein ist diese Frage auch bereits bis zum Beschluß gedeutet. Unsere Anträge, die Bauten in eigener Regie auszuführen, werden abgelehnt, weil die Leistungen dieser Vereine keine Verantwortung auf sich laden wollen und auch nicht können, weil selten Leute vom Fach in den Vorständen sind. Sind sie es aber, dann haben sie anderes zu tun, als Bauten zu leiten. Parteizeitungen und auch kapitalistische Genossen würden sich gar nicht befinden, ihre Arbeiten den Produktivgenossenschaften der Bauvereine zu übertragen, sobald sie sehen, daß diese Leistungsfähig sind. Bei Auspöhrungen, wie es die letzte war, finden sich auch andere Leute, wenn sie nicht fanatische Gegner unserer Bestrebungen sind, die uns Arbeiten übertragen würden. Zu all diesen Arbeiten ist ein ansehnliches Betriebskapital notwendig; aber wo ein Wille ist, läßt sich dies auch beschaffen. Der Wille und der Geist müssen natürlich in erster Linie vorhanden sein. Ohne Geist läßt sich nichts machen, das zeigen so recht die Ausführungen der Redaktion. Robert

Oven hat mit seinen Millionen Schiffbruch gelitten. Die 28 reiblichen Pioniere von Rochdale haben mit lumpigen M. 560 den Grundstein zu einer Bewegung gelegt, die heute nicht nur von untern Genossen, sondern, was mehr heißen will, auch von unsern Oberleuten als eine mächtige Bewegung anerkannt wird, von ersterer gepflegt und von letzteren bitter gehaßt. Welche Bedeutung diese Bewegung für die Arbeiter hat, kann nicht besser illustriert werden, als durch die paar Zeilen in Nr. 45 des „Grundstein“, letzte Seite unter „Vermissliches“. Der Geist zu dieser Bewegung hat sich schwer durchgerungen. Die Geschichte der reiblichen Pioniere zeigt uns wirkliche Kampfskizzen, die ungeachtet aller Anfeindungen ihren Willen konsequent durchsetzten, bis wir nun seit einigen Jahren den Sieg dieser Idee konstataren können. Zugegeben, daß die Bavenverteilung auf genossenschaftlichem Wege leichter war und ist, als die Produktion und der Vertrieb der hergestellten Produkte, so ist aber heute der Boden doch anders als vor 60 Jahren. Auch können die Produktivgenossenschaften, die vor 20 und mehr Jahren gegründet wurden, nicht abschreckend wirken. Ich will hier keine solchen Gründungen namentlich aufzählen. Die meisten entstanden nach verlorenem Streik. Man hatte nicht so viel Geld, um die Genossenschaft unterhalten zu können, und da gründete man eine Produktivgenossenschaft, natürlich auch ohne Geld. Ohne Geld kann heute niemand mit dem Kapital konkurrieren und früher auch nicht. Daher ist es selbstverständlich, daß diese Genossenschaften fast alle zugrunde gehen mußten. Ohne Geld eine Bau-Produktivgenossenschaft zu gründen, halte ich ebenfalls für eine Utopie. Daß das Geld aber aufzubringen wäre, lasse ich mir nicht abstreiten. Keinesfalls soll aber das Geld durch Beiträge aufgebracht werden, wie anscheinend Kollege Lehmann verstanden hat; denn andernfalls könnte er nicht vor schlagen, das Geld zu Kampfmitteln zu verwenden. Daß Müller und Schulz, die sich einige hundert Mark am Grunde abgepart haben, dies in die Streikliste abließen, ist allerdings eine Utopie, wenn es jemals Utopien gegeben hat. Solchen Opfermut sehe ich gar nicht voraus. Ich verlange nur das Opfer, daß die von uns, die etwas haben und die jetzt den Weg nach der Sparkasse machen, um dort das Geld eintragend anzulegen, dieses Geld später in der Produktivgenossenschaft anlegen. Die Genossenschaften brauchen nur eine gewisse Wirksamkeit für die angelegten Gelder zu leisten. Als Gegenleistung hätte die Produktivgenossenschaft der Genosschaft das Recht der Mitbestimmung einzuräumen, wann, wo und wie gebaut wird; denn ohne ein solches Recht hätte die Produktivgenossenschaft wohl noch Wert für die allgemeine Arbeiterbewegung, aber nicht für die Genossenschaften der Baupersonen im besondern.

Noch ein paar Worte zu den Ausführungen des Kollegen Lehmann. Jetzt gibt es in den eingemeindeten Orten Dresdens, wo in der Hauptsache die Arbeiter wohnen, Bauland von M. 20 und weniger für das Quadratmeter. Da kostet eine Baustelle rund M. 15 000 bei offener Bauweise, wie sie in den Bezirken meist vorgeschrieben ist. Wehlich ist der Preis in vielen andern Orten Deutschlands. In der Mitte der Städte, wo das Quadratmeter M. 100 bis M. 2000 und mehr kostet, baut man heute keine Arbeiterwohnungen, und wir werden dort auch keine bauen. Auch ist der kein Bruchspekulant, der seine Grundstücke mit ersten Hypotheken belastet. Ja man würde die mit der Laterne suchen müssen, die schuldensfreie Grundstücke haben. Also ein solch großes Kapital ist denn doch nicht notwendig, wie Kollege Lehmann voraussetzt. Ganz eigentümlich berührt es aber, daß er es so leicht nimmt, wenn von 3000 Kollegen 400 untergebracht werden könnten. Wir hatten bei der Ausperrung rund 180 000 Mitglieder. Gätten wir den achten Teil davon, so wären dies zwei fünfstel der Ausgesperrten gewesen. Anstatt M. 5 500 000 Streikantosten hätten wir dann nur M. 3 000 000 zu zahlen gehabt, also rund zwei Millionen Mark weniger. 1907 hatten wir Extrabeiträge, die an vielen Orten wichtigen Staub aufgewirbelt haben. Diese Extrabeiträge haben nicht ganz M. 700 000 gebracht, von denen obendrein M. 60 000 erst 1908 bezahlt worden sind. 1000 Kollegen zu unterhalten kostet wöchentlich M. 17 000 und in sieben Wochen, wie dieses Jahr, M. 120 000. Können 1000 Kollegen, anstatt ausgesperrt zu sein, arbeiten, würden sie bei 60 % Streikbeitrag in 50 Streiktagen noch M. 30 000 Beiträge leisten. Das ist also ein Unterschied von M. 150 000 auf je 1000 Kollegen. Gätten wir bei der letzten Ausperrung Produktivgenossenschaften gehabt, die während der Ausperrung sogar vier 4000 Maurer, 2000 Zimmerer und 2000 Bauhilfsarbeiter beschäftigt hätten, dann hätten diese drei Berufe M. 1 200 000 mehr in den Kassen oder genau so viel, wie die deutschen und ausländischen Arbeiter während dieses Kampfes zusammen aufgebracht haben, worüber so viel geredet und geschrieben wurde. 8000 Bauarbeiter würden auf rund 250 Bauten untergebracht. Das wären sechs Bauten auf jede von den 41 Großstädten Deutschlands. Unser kleiner Zweigverein im Gau Dresden hatte in aller Hast am Tage der Ausperrung fast ohne Geld eine Art Produktivgenossenschaft gegründet. Sie hat während der ganzen Ausperrung 50 Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter beschäftigt und dadurch unsern Verband bei einer Gesamtausgabe von M. 8900 mindestens M. 3000 erspart. Was hätte erzielt werden können, wenn in ganz Deutschland die Sache planmäßig mit dem nötigen Geist unter den Mitgliedern in die Wege geleitet worden wäre? Diesmal glauben selbst Zweigvereinsleitungen nicht, daß es zur Ausperrung kommen würde und man ließ sich gerade sein.

Der „Grundstein“ meint, wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit vorhanden sei, dann erst könnten diese Genossenschaften bestehen; aber diese Notwendigkeit ist noch nicht da. Das soll wohl heißen, wenn das genügende Verständnis für solche Genossenschaften vorhanden ist? Es gibt heute noch Maurer, die meinen, die Genossenschaften hätten keinen Zweck und deshalb treten sie dem Verbands nicht bei. Noch weniger werden die Konsumvereine als wirtschaftliche Notwendigkeit erachtet, weil das Verständnis dafür fehlt. Am wenigsten Verständnis ist für Genossenschaften vorhanden, die heute noch so gut wie nicht existieren. Das Verständnis für die Genossenschaften wurde durch intensive Agitation geschaffen. Auch die Konsumvereine haben sich Propaganda machen müssen, wo sie zur Hilfe gelangt sind, wie zum Beispiel in Sachen, wo man den nur als halben Genossen betrachtet, der dem Konsumverein nicht angehört. Ebenso werden

die, die der Meinung sind, daß Produktivgenossenschaften auch ihre Vorteile haben, dafür agitieren müssen. Solange die Mehrzahl der Genossenschaftskollegen von dieser Idee nicht durchdrungen ist, sind es hochliegende Pläne. Einzelne können es nicht durchführen und wenn sie es doch täten, dann würden es Privatunternehmungen werden, wie andere Bauunternehmungen auch, weil solchen Kollegen von der Masse misstraut und weil sie beneidet würden, so daß sie sich von der Masse abschließen müßten, was die Genossenschaftsbewegung nicht fördern, sondern eher schädigen würde. Wenn wir den Kassenbestand bis 1913 mit Mühe auf die nötige Höhe bringen und ihn dann bei einer Ausperrung wieder opfern müssen, so daß wir erneut an die Neubegeisterung von Millionen denken müssen, dann wird man vielleicht auch ernstlich auf Mittel sinnen, wie man einige Millionen sparen kann. Schreidner könnte man den schaumacherischen Unternehmern zeigen, wo der Weg hinget, wenn sie es so wie bisher weiter treiben. Stellen sie sich die Wertelwerte für praktisch, uns keine Waren zu liefern, nun gut, dann läge die wirtschaftliche Notwendigkeit vor, diese Genossenschaften ins Banoptimum zu stellen und wir müßten diese Waren selbst herstellen. Ich für meinen Teil stelle es mir nicht schwerer vor, alle Maschinen in Gang zu setzen, als sie mit Hilfe des Generalausstandes alle zusammen zum Stillstand zu bringen.

**Aus. Friedrich, Dresden.**  
Anmerkung der Redaktion. Kollege Friedrich ist im Irrtum, wenn er annimmt, die Redaktion hätte sich mit ihren Urteilen: „Das Genossenschaftswesen als Kampfmittel“ um eine klare Stellungnahme zu der angeregten Frage herumdrücken wollen. Die genannten Artikel sollten in erster Linie der Propaganda für die Konsumvereine dienen. Daneben wollten wir an der Entwicklung des Genossenschaftswesens nachweisen, daß die Verwirklichung der von uns in diesen Kollegen angeregten Pläne nicht durch den guten Willen einer mehr oder minder großen Zahl von Kollegen möglich ist, und daß sie auch nicht dadurch möglich wird, daß die Verwirklichung dieser Pläne im Interesse unserer Bewegung liegt, sondern daß zur Verwirklichung solcher Pläne eine wirtschaftliche Notwendigkeit vorhanden sein muß, mit andern Worten, daß das Neue, was an die Stelle des Alten gesetzt werden soll, die Kraft zur Überwindung des Alten selbst in sich trägt. Die Verantwortung, die uns unser Amt gibt, ist, meinen wir, so groß, daß wir eine Sache, deren Durchführungsmöglichkeit doch immerhin noch recht zweifelhaft ist, unmöglich ohne weiteres propagieren können. Es ist doch ein Unterschied, ob ein oder der andere Kollege aus dem Lande unter seinem Namen in „Grundstein“ geschrieben hat mit diesen Einwendungen die Diskussion über „Neue Kampfmittel“ schließen, da kaum noch etwas neues zu sagen sein dürfte. Unsere Standpunkte zu der Frage werden wir in einer der nächsten Nummern darlegen.

**Die Quittung.**  
Die Schatzmacherverse berichtet über eine Sitzung des Vorstandes und des Ausschusses der Hauptstelle Deutscher Arbeiterverbände, in der namentlich die großen Arbeiterbewegungen des laufenden Jahres einer eingehenden Besprechung und Kritik unterzogen wurden. Es wurde hierbei festgestellt, daß diese großen Kämpfe nicht allenthalben zu entscheidenden Erfolgen geführt haben und es wurde übereinstimmend die schwere Befürchtung ausgesprochen, daß gerade der Ausgang des Kampfes auf den deutschen Sechsfachwerten nicht geeignet ist, dieser und der übrigen Metallindustrie den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten. Dieser Ausgang in Zusammenhang mit den Ergebnissen der Ausperrung im Baugewerbe legen der deutschen Unternehmerkraft erneut mit Ernst die Sorge um den weiteren Ausbau der Arbeiterorganisationen nahe. Die Vorschläge der Referenten, die aus den Arbeitskämpfen die entsprechenden Lehren zogen und in die Praxis überführten, fanden die einhellige Zustimmung der Versammlung.

Wehr erzählt man zwar über die Sitzung nicht und auch die Vorschläge des Referenten bleiben uns unbekannt; aber das Zugeständnis, daß der Ausgang der beiden großen Kämpfe den Unternehmen ernste Sorgen macht, ist gleichwohl zu vermerken. Es ist die Quittung unseres Erfolges.

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

**Krankenunterstützung im Monat Dezember.** Der diesjährige Verbandstag in Leipzig hat beschloffen, daß die Krankenunterstützung auch im Monat Dezember d. J. gegahlt werden soll. Indem wir die Mitglieder, und besonders die Zweigvereinsvorstände auf diesen Beschluß hinweisen, machen wir zugleich darauf aufmerksam, daß für den Bezug der Unterstützung nur solche Mitglieder in Frage kommen, die dem Verbands volle zwei Jahre angehören, alle Beitragspflichten (auch Extrabeiträge) erfüllt haben und in diesem Jahre noch nicht ausgesteuert sind.

**Von dem Verbandskalender** ist auch die zweite Auflage bergiffen. Wenn jetzt noch Nachfrage nach Kalendern vorhanden ist und die Sicherheit des Abhanges besteht, wolle man uns sofort, spätestens bis Ende nächster Woche, Mitteilung machen. Ob wir eine dritte Auflage herstellen lassen, wird von dem Umfange der Bestellung abhängig sein.

**Geldsendungen** für die Hauptstelle sind nur an den Kassierer J. Küster, Damburg 1, Bienenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.  
In der Zeit vom 6. bis 12. November 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittegelber.**  
Aibling M. 48, Alfeld 16,66, Altenburg 800, Augsburg 800, Aue 200, Barch 100, Burgfried 500, Brandis 100, Bitterfeld 716,80, Burgdorf 24,50, Berlin 100, Bismarck 26,78, Bodenau 92,28, Cottbus 117,70, Chemnitz 1600, Frankfurt a. M. 29 241,85, Fürstentum 200, Freiburg i. Br. 800, Frankfurt a. d. O. 600, Fribbighow 20,82, Fürstentum i. M. 15,80, Grieben 112,75, Gelsenkirchen 800, Göttingen 200, Gütrow 177,04, Grimmen 85, Glauchau 300, Gumn 500, Gohlfeld-Crispitz 150, Gommern 4011,90, Gumburg 2000, Gurgub 1100, GutsMuth 300, GutsMuth 886,88, Heilbronn 102,85, Herzfelde 103,77, Jüterbog 120,80, Jena 800, Kayna 130, Kirchwarder 159,72, Kranichfeld 72,02, Lauterberg 92,10, Lochau 20,48, Lübeck 386,80, Lumburg 165,51, Lengsfeld 126,80, Landau 37,10, Lindow 157,28, Lützen 650, Mannheim 3000, Mühlhausen i. Gif. 600, Mühlentersdorf 95,50, Magdeburg 5763,29, Neuenhagen 150,03, Neugersdorf 12, Neuhardenberg 100, Nomawitz 600, Nordhausen 850, Oels 33,92, Pirna 575, Prignitz 78,10, Pforta 518,34, Priegeritz 224,34, Plattling 106,33, Pleßner 98,74, Ronneburg 100, Sagan 156,54, Singen 67,11, Schläwe 128,85, Seehausen i. d. Altmark 125, Senftenberg 600, Seiffels 300, Verder 170, Wittmund 28, Weißfels 800, Wurzen 400.
- b) Für Futterale.**  
Achim M. 2, Gerne 10, Kattowitz 20, Magdeburg 5.
- c) Für Kalender.**  
Freyhald M. 1, Gütrow 5, Kattowitz 25, Lehnitz 5, Magdeburg 50, Pirna 25, Ronneburg 12,50, Schläwe 5,50, Verder 10, Wittmund 10.
- d) Für Protokolle.**  
Berlin M. 316, Bodenau 4, Lauterberg 4, Magdeburg 60, Priegeritz 7.
- e) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.**  
Achim M. —, 75, Dölsberg 1,50, Gerne —, 75.
- Berichtigung.**  
In Nr. 46 muß es unter „Kalender“ von Acham M. 10 anstatt M. 5 heißen.
- Marken-Verband.** Vom 1. bis 12. November sind Marken verhandelt worden (E = Eintrittegelber, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalfondsmarken):  
Aldersleben 500 B à 55 A, 1000 K à 10, 10 E à 50, Aue 400 B à 50, Auehörn 30 B à 55, 200 B à 50, 50 A à 25, Auenberg 50 B à 50, Arnswalde 5 E à 50, 4 E à 150, Auenrade 400 B à 70, Auenberg 40 B à 45, 30 B à 60, Aue 200 B à 55, 200 A à 25, Auma 5 E à 150, Acham 1000 B à 50, 200 B à 40, 200 L à 10, Naagen 300 E à 70, Aunaberg 600 B à 45.  
Ariel 40 B à 55 A, Verburg 500 B à 45, 300 B à 60, 200 A à 25, Barch 400 B à 40, Barchau 100 A à 25, Berlin 30 000 B à 50, 2000 B à 70, 200 E à 50, Bielefeld 2000 B à 70, 200 B à 65, Bremerhörde 200 B à 55, Volzenburg 800 B à 55, Bienenfeld 300 B à 65, Bremerharden 1000 B à 75, Borsdorf 200 B à 60, Bietitz 200 A à 25, Bützow 400 B à 55, 200 A à 25, Buzschube 200 B à 60, Breslau 200 B à 55, 30 E à 50.  
Calefeld 400 B à 40 A, Grotzen 1000 B à 45, 10 E à 50, Cottbus 5 E à 150, 50 A à 25, Coßbittz 100 B à 40, Coburg 100 B à 50, Cöpenick 200 B à 60, Colberg 400 A à 25.  
Dresden 20 000 B à 80 A, 100 E à 50, Dahlen 800 B à 45, Danzig 5000 B à 70, Deuß-Gehau 500 B à 55, 400 A à 25, Dorsen 200 B à 45, 50 B à 75, 50 A à 25, Dießen 200 B à 60, Dortmund 5000 B à 75, Demmin 200 B à 40, Dessau 1000 B à 60, 50 B à 45, Darnstadt 2000 B à 65.  
Eggefin 50 B à 50 A, Gimsborn 1000 B à 70, Eidsch 200 B à 50, 100 A à 25, Erdhagen 100 B à 50, 30 E à 40, Erlangen 400 B à 65, 100 A à 25, 10 E à 150, Eickstadt 50 B à 45, 50 L à 10, Effen 5000 B à 75, 1000 B à 70, Eckenförde 400 B à 70.  
Fürstentum 400 B à 55 A, Fallersleben 200 B à 45, 15 E à 50, Freiburg i. Sa. 200 K à 25, Fürstentum 100 B à 40, Friedrichshafen 50 B à 60, Fichte 200 B à 50, 100 A à 25.  
**Goldberg i. Schf.** 200 B à 55 A, 20 E à 50, Guben 2000 B à 55, Groß-Neuenhof 200 B à 45, 200 A à 25, Großhadersdorf 5 E à 150, 2 E à 300, Geier 200 B à 40, Götting 400 B à 50, Grünberg i. Schf. 1000 B à 55, 50 B à 40, Gießen 1000 B à 60, Groß-Ziegenort 200 B à 55, Grottau 1500 B à 55.  
Gerne 25 E à 150 A, 1200 B à 75, 2000 L à 10, 25 E à 50, Gamm 1500 B à 70, 50 E à 50, 20 E à 150, Gabelsleben 1000 B à 65, Gammern 100 E à 50, Gammern b. Bismarck 100 B à 55, Gohlfeld 1000 B à 55, 20 E à 50, 10 E à 150, Gharitz 200 B à 50, Gellienhausen 400 B à 50, Golltau 500 B à 80, Götterode 200 B à 40, 50 B à 50, Gommersheim 100 B à 50, Götterode 400 B à 80, 200 B à 55, Grahnd 600 B à 50 A, Grotzenhausen 50 B à 50, Grotzen 5 E à 50 A, Kaufpferd 400 B à 55, Königsberg i. Pr. 1000 B à 60, 1000 B à 50, 100 E à 50, Kahlau 400 L à 10.  
Lassau 100 B à 50 A, Liepe 50 B à 65, 100 A à 25, Lützen 100 B à 55, 200 A à 25, Rühnburg 100 B à 55, 10 E à 50, Lochau 200 B à 60, 100 B à 70, Ransberg a. d. Warthe 10 E à 50, 200 B à 45, 400 B à 60, 200 A à 25, Lengsfeld 250 B à 55, Ransberg a. d. Warthe 5 E à 50, Mündchen 10 000 B à 75 A, 10 000 K à 10, Meerane 400 L à 10, Mühlitz 1000 B à 45, Memel 400 B à 60, Neuhalditz i. M. 100 A à 25 A, 200 B à 50, 5 B à 90, 10 E à 150, Neuburg 200 B à 55, Neuhardenberg 400 B à 50, 50 B à 40, 100 L à 10, 10 E à 50, Neuenau 1000 B 80, Neutrappin 2000 B à 60, 1000 B à 55, 1200 A à 25, Neuhalditz 20 A à 25, 50 B à 45, 10 E à 50, 2 E à 150, Neuenhagen 200 B à 65, 100 B à 70, 100 B à 80.  
Obersiebenbrunn 400 B à 60 A, Aldersleben 200 A à 25, Oranienburg 200 B à 65.  
Prignitz 150 B à 45 A, Penig 400 B à 55, Pödelitz 400 B à 65, 100 A à 25.  
Quatenbrück 400 B à 60 A.

Moba 50 A à 25 A. Moigisch 200 B à 40, 100 B à 55.  
 Mohna 200 B à 50, 6 B à 20. Mörbda 200 B à 40.  
 Moflau 50 B à 60. Mynsberg 500 B à 50. Mynschel  
 11 B à 60.  
 Sommerfeld 800 B à 45 A. Schädensleben 200 B à 40,  
 600 B à 45, 400 K à 10. Strausberg 100 B à 55. Seehaufen  
 h. Wangleben 500 B à 50. Schweiß 200 B à 50. Schwanau  
 200 B à 65. Salfgast 50 A à 25, 10 E à 50, 5 B à 150.  
 Straßund 900 B à 70. Sprottau 1000 B à 50. Sternberg  
 i. Meda, 500 B à 50, 10 E à 50. Sulingen 200 B à 50.  
 Svinenbude 1000 B à 55. Stettin 5000 B à 65, 5 E à 50.  
 Ströbenhausen 100 B à 45. Schwaan 500 B à 50. Stendal  
 800 B à 60. Solingen 1200 B à 80. Spremberg 1000 B à 55.  
 Schwandorf 400 B à 45, 100 A à 25. Schöner 100 B à 50.  
 50 A à 25. Schöningen 800 B à 55, 200 B à 45. Schnever-  
 bingen 100 B à 55. Seesen 1000 B à 50. Salffurt  
 8000 L à 10.  
 Tribble 200 B à 50 A. Tölz 200 B à 55. Thorn  
 1500 B à 60, 200 A à 25. Timmerode 400 B à 50. Trebnitz  
 150 B à 50. Trebs 800 B à 50, 100 B à 45, 10 E à 50.  
 Treuenhagen 10 E à 50. Teterow 500 B à 50.  
 Wegard 400 B à 75 A. Witten 200 B à 70. Wiffel-  
 sörbe 200 B à 40.  
 Wermelsleben 400 B à 75 A. Werder 400 B à 75,  
 100 B à 60, 300 A à 25. Weißenwasser 600 B à 60. Wittu-  
 burg 600 B à 55. Wiesbaden 500 B à 50, 200 B à 75.  
 Würzburg 2000 B à 60, 10 E à 50. Witten a. d. Rube  
 800 B à 65. Wüller 400 B à 65. Weidenberg 200 B à 150.  
 Wilhelmshagen 1500 B à 55. Wasserburg 200 B à 45.  
 Wilmshagen 140 B à 45, 50 A à 25. Wyl 100 L à 10.  
 Wronowitz 100 B à 50, 50 A à 25.  
 Zanderit 400 B à 40 A, 150 B à 45, 150 A à 25.  
 Zechin 100 B à 45, 100 A à 25. Zeitz 2000 B à 55,  
 800 A à 25.

**Ausgeschlossen** sind auf Grund § 37a des Statuts vom  
 Zweigverein **Ubbau**: Franz Nöhm (Verbands-Nr. 37 476);  
**Wemel**: Martin Wints (074 226), Ernst Wints (478 438);  
**Sdrbe**: Wido Peder (097 610); **Dorimund**: K. Kaufmann  
 (64 188), J. Schilling (119 246), A. Lindemann (64 188); **S. Solf**  
 (442 952), S. Kaminski (354 508), R. Adamick (454 617),  
 A. B. Nits (250 011), J. Warthig (445 582); **Reine**:  
 Heinrich Müller (836 695); von der **Sektion Jülich** des  
 Verbandes der Maurer- und Handlanger in der Schweiz die  
 Kollegen Franz Schmid, geboren am 15. Februar 1889 in  
 Wetzler, Wilhelm Voigt, geboren am 11. September 1886 in  
 Prigwall.

**NB.** Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rüd-  
 rückiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser  
 Rubrik nicht bekannt gegeben.

**Aufgefordert**, ihren Verpflichtungen nachzukommen,  
 bezw. ihre Adresse anzugeben, werden vom Zweigverein  
**Paris**: Fritz Laban, geb. 14. Mai 1886 zu Vanlin  
 (Verb.-Nr. 04 067); **Seehaufen**, Hr. Wangleben;  
 Karl Ehrhardt, geb. 21. September 1887 zu Töbau (9676);  
**Gannover**: Willi Clemens, geb. 25. März 1892 zu  
 Schmarnstedt; **Wodm**: Heinrich Wulff, geb. 20. September  
 1878 zu Giesnach (311 378); **Saarbrücken**: Otto Müller,  
 geb. 22. Oktober 1887 zu Welsberg i. d. Pfalz (031 919).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist,  
 werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung  
 zu machen. **Der Vorstand.**

**Berichte.**

**Gau Danzig.** (Konferenzbericht.) Am 6. No-  
 vember tagte in Bromberg die letzte Gaukonferenz des bis-  
 herigen Gau Danzig. In der Begrüßungsrede spendete  
 Kollege Gohl dem vorstehenden Kollegen Karl Schwarz, der  
 lange Jahre den Posten des Gauvorsitzenden bekleidete,  
 für seine Tätigkeit anerkennende Worte. Die Delegierten  
 erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.  
 Hierauf erklärte Kollege Gohl die letzte Konferenz des  
 Gau Danzig für eröffnet. Vertreten waren 18 Zweig-  
 vereine durch 26 Delegierte, ferner waren anwesend vier  
 Vertreter des Gauvorsitzenden, zwei Vertreter der benach-  
 barten Gawe Breslau und Stettin und ein Vertreter des  
 Hauptverbandes sowie ein Vertreter der Agitationskom-  
 mission für Ost- und Westpreußen und ein Vertreter der  
 Parteioorganisation als Gast. Mit der Leitung der Konferenz  
 wurden die Kollegen Gohl-Danzig und Meyer-Bromberg  
 als Vorsitzende und Wendowski-Gräudenz als Schriftführer  
 betraut. Nach Konstituierung der Konferenz erhaltete  
 Kollege Gohl den Bericht, der sich auf die Zeit vom 1. April  
 1908 bis 30. September 1910 erstreckte. Gohl führte aus:  
 Die wirtschaftliche Krise des Jahres 1908 verplante sich  
 auch mit großer Heftigkeit in unserm Gau. Obwohl sich  
 die Zahl der Zweigvereine vermehrt hat, ist die Mitglieder-  
 zahl um rund 800 zurückgegangen. Zu der Krise gestellten  
 sich als hartnäckige Gegner auch die christlichen Organi-  
 sationen, die alles versuchten, um während dieser Zeit des  
 wirtschaftlichen Niederganges für sich zu kriechen fischen zu  
 können. So wandten sich diese „Eseln“ an die Behörden,  
 um dem Erlösen, nur christlich organisierte Arbeiter zu  
 befähigen. Der Unternehmerband versuchte im Osten,  
 genau wie 1907 in Berlin, die Löhne zu kürzen, was auch  
 in einzelnen Orten Spreizung gelang. 1908 wurden  
 durch die zentrale Bewegung dennoch kleine Lohnaufbesse-  
 rungen durchgesetzt, zum Beispiel für Bromberg, Stolp  
 und Hohenfalsa. Im Frühjahr des Jahres 1909 regte sich  
 wiederum die Bauitätigkeit und mit ihr auch die Mit-  
 gliederzahl. Der höchste Mitgliederstand mit 6258 Mit-  
 gliedern wurde im dritten Quartal 1909 erreicht. Im  
 vierten Quartal 1909 ging die Zahl auf 6887 zurück. Die  
 Zahl der Zweigvereine wuchs von 27 im Jahre 1907 auf  
 35 im Jahre 1909, heute bestehen im Gau 38 Zweigvereine  
 mit 6713 Mitgliedern. Im Jahre 1909 fanden 80 Lohn-  
 bewegungen statt, die, abgesehen von einigen wenigen, alle  
 mit Erfolg beendet wurden. In diesem Jahre wurde die  
 Ausperrung in 32 Orten ein. Die Höchstzahl der aus-  
 gesperrten Maurer betrug im Gau 2835. Wenn auch der  
 Arbeitgeberverband für Westpreußen durch das bekannte  
 Flugblatt während der Ausperrung die Arbeiterorgani-  
 sation schon niedergedrungen glaubte und es seiner Ansicht  
 nach nur noch eines letzten Stoßes bedurfte, um in West-

preußen die verhassten Organisationen der Bauarbeiter  
 ganz verschwinden zu lassen, haben doch alle Zweigvereine  
 dem Schicksal gemäß die Lohnaufgabe erhalten. Also  
 auch in Westpreußen haben die Niedergelungenen gesiegt.  
 Eine Tabelle über die Entlohnung der Löhne seit dem  
 Jahre 1885 bis 1912 lag den Delegierten vor. Aus ihr  
 ist ersichtlich, wie die Löhne in den genannten Jahren ge-  
 stiegen sind. Hervorgehoben muß werden, daß unsere  
 Kollegen durch den Einfluß der Organisation ganz außer-  
 ordentliche Erfolge in der Verbesserung der Lohn-  
 und Arbeitsbedingungen erzielt haben, so daß man wohl ohne  
 Ueberhebung sagen kann: wir haben Großes geleistet und  
 werden wohl durch die Einheit der Organisation noch  
 Großeres leisten. Hierauf erhaltete Kollege Wälkowski als  
 Kassierer des Gau Danzig den Kassienbericht. Die Kassieren  
 bestätigten die Richtigkeit der Kassiengehälter, worauf dem  
 gesamten Gauvorstand Entlastung erteilt wurde. Zum  
 zweiten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Be-  
 setzung des Gauvorsitzenden“, entspann sich eine lebhafte  
 Debatte. Die Kassierer Kollegen schlugen den Kollegen  
 Wilhelm Schulz-Posen als Gauvorsitzenden vor. Nach  
 längerer Debatte wurden als Mitglieder des Gauvorsitzenden  
 des neuen Deutschen Bauarbeiterverbandes der gemein-  
 samen Konferenz folgende Kollegen vorgeschlagen: Als  
 Vorsitzender Kollege Julius Gohl-Danzig, als Kassierer  
 Zura-Bromberg, als Schriftführer Franz-Bromberg, als  
 Beisitzer Meyer-Bromberg und als Beisitzer die Kollegen  
 Klein und Klafsch. Damit fand die Konferenz ihren Ab-  
 schluß.

Für den jetzt zum Gau Berlin gehörenden Teil der  
 Provinz Posen tagte vormittags eine besondere Kon-  
 ferenz. Von den dazu gehörenden zwölf Zweigvereinen  
 waren die Zweigvereine Czarniat, Pilehne, Grünberg,  
 Miosław, Schneidmühl und Wronowitz durch je einen  
 und der Zweigverein Posen durch drei Delegierte vertreten.  
 Kollege Schulz-Posen nahm als Beauftragter des Berliner  
 Gauvorsitzenden an der Konferenz teil. In seinem Bericht  
 beschrieb er die Organisationsarbeit in der Provinz  
 Posen als einen fortgesetzten Kampf der Arbeiterkraft unter-  
 sich; nur wenig Ständigkeit finde man. Die Kollegen legen  
 auf die Organisationsform wenig Gewicht. Es ist ihnen  
 ziemlich gleichgültig, ob sie heute zentral, morgen zentral  
 und an einem andern Tage polnisch oder deutsch-dünderisch  
 organisiert sind. Auf diesen Zustand, der eine fortgesetzte  
 Rivalität unter den in Frage kommenden Verbänden zur  
 Folge hat, ist es zurückzuführen, daß an den 25 Orten, in  
 denen unterjenseits seit Bestehen des Verbandes Zweigvereine  
 gegründet wurden, 3. D. nur zwölf selbständige Vereine be-  
 stehen. Elf Orte, die sich als Zweigvereine nicht behaupten  
 konnten, sind Beihilfen anderer Zweigvereine geworden.  
 Die Mitgliederbewegung ist stark fluktuierend, kann aber  
 trotzdem, da an jedem Ort ein Stamm anjähriger Kollegen  
 ist, als stabil bezeichnet werden. Die Mitgliederzahl betrug  
 im Bericht: 1900: 442, 1901: 935, 1902: 1167, 1903: 1095,  
 1904: 1761, 1905: 1451, 1906: 1694, 1907: 1751, 1908: 1379,  
 1909: 1443 und im dritten Quartal 1910: 1643. Tarif-  
 verträge bestehen im Bezirk für unsern Verband zwölf.  
 Wronowitz scheidet zurzeit noch aus, da die dortigen Unter-  
 nehmer es ablehnen, den vereinbarten Tarif zu unter-  
 zeichnen und es dem Provinzial-Bundesausschuß nicht  
 glückt, seine Mitglieder zur Ordnung anzuhalten. Auch für  
 Schönlante ist es dem Arbeitgeberbund nicht gelungen,  
 seinen dortigen Mitgliedern den Dresdner Schiedspruch  
 durchzusetzen. Der intensiven Tätigkeit der Organisation  
 ist es zu danken, daß die Arbeitsbedingungen wesentlich  
 verbessert wurden. Die zehnjährige Arbeitszeit konnte nur  
 in sehr wenigen Orten durchgesetzt werden, und es ist dem-  
 zufolge zu begrüßen, daß der diesjährige Schiedspruch am  
 1. April 1912 in allen den Orten, wo noch eine längere  
 Arbeitszeit bestand, die zehnjährige Arbeitszeit mit sich  
 bringt. Lohnbewegungen wurden seit dem Jahre 1900 bis  
 inklusive 1912 erzielt: Für Czarniat 19 J., Pilehne 12 J.,  
 Gnelen 20 J., Grünberg-Samer 23 J., Kolmar i. P. 20 J.,  
 Koflen 13 J., Posen 15 J., Schneidmühl 16 J., Schrimm  
 10 J., Sároda 21 J., Schwerin a. d. W. 13 J., Wronowitz  
 16 J., Weiden 20 J., Wronke 17 J. Diese Errungen-  
 schaften sind auf alle Fälle erfreulich. Wenn in der Mit-  
 gliederbewegung nicht alle Erwartungen erfüllt worden sind,  
 so darf die in den letzten Jahren herrschende schlechte Kon-  
 junktur nicht vergessen werden. Allem Anschein nach ver-  
 sprechen die kommenden Jahre für die Städte eine bessere  
 Konjunktur, aber auf dem Lande dürfte durch die Abnahme  
 der Anstellungsbauten eine Arbeitsabnahme eintreten. —  
 Die Hausführung ist in allen Zweigvereinen durchgeföhrt,  
 und es dürfte, wenn Trägheit und Gleichgültigkeit schwin-  
 den und sich die besten Kollegen zur Mitarbeit drängen,  
 manche Position gewonnen werden können. — Nach einer  
 kurzen Diskussion, die bestätigte, daß Fanatismus und  
 Niedertracht hierzulande die schlimmsten Feinde der freien  
 Gewerkschaften sind, fand die Konferenz ihr Ende. Die  
 Delegierten schlossen sich darauf der Konferenz des Gau Danzig  
 an, die dann gemeinsam zur Besetzung des Gau-  
 vorsitzenden Stellung nahm.

Nach der Mittagspause traten die Delegierten der Maurer  
 und Bauarbeiter zur konstituierenden Konferenz zusammen.  
 Anwesend waren von den Maurern 26 Delegierte aus 18  
 Zweigvereinen, vom Gauvorsitzenden die Kollegen Gohl,  
 Wälkowski, Arenis und Adam, vom Hauptverband Kollege  
 Bömelburg; von den Bauarbeitern: 17 Delegierte aus 12  
 Zweigvereinen, drei Vertreter des Gauvorsitzenden und Kollege  
 Wehrndt als Vertreter des Hauptverbandes. Zur Leitung  
 der Konferenz wurden die Kollegen Gohl und Wende als  
 Vorsitzende, Wendowski und Pruschkowski-Gräudenz als Schrift-  
 führer bestimmt. Ueber den Punkt der Tagesordnung: „Der  
 Deutsche Bauarbeiterverband“ sprach Kollege Gohl-Danzig.  
 In ausgesetzter Weise schilderte er die Kämpfe der Arbeiter-  
 organisation um die Anerkennung ihres Mitbestimmungs-  
 rechts beim Arbeitsvertrag. An der Hand reicher Zahlen-  
 materials wies Redner auf die immerhin noch schlechten  
 Lohnverhältnisse der Arbeiter hin. Für den deutschen Marine-  
 soldaten rechnet man wöchentlich M. 29,30 zum Lebens-  
 unterhalt; kein Mensch wird behaupten können, daß Arbeiter-  
 familien, namentlich hier im Osten, diese Summe pro  
 Woche zum Lebensunterhalt verbrauchen können; in den  
 meisten Fällen übersteigt der gesamte Wochenlohn die  
 angegebene Summe. Wie sollen es die Arbeiter fertig-

bringen, mit ihrer Familie nur annähernd so leben zu  
 können wie der deutsche Marinesoldat? Es bleibt ein  
 ganz beträchtliches Defizit bestehen, und womit soll der  
 Arbeiter dies decken? Decken kann er es nicht, und die  
 Folge ist Unterernährung der gesamten Arbeiterbevölke-  
 rung. Inausreichend sind die Versicherungsgesetze des Staates den  
 Arbeitern gegenüber. Statt daß die Regierung für die Ver-  
 besserung der Lebensweise der Arbeiter eintritt, fährt man  
 nach Ausnahmegesetzen gegen die gesamte organisierte Ar-  
 beiterchaft. Nicht mehr Rechte will man den Arbeitern  
 geben, sondern die bestehenden wenigen Rechte ganz rauben,  
 das ist der Zug der Reaktion. Aber so wenig man in den  
 Jahren des elenden Sozialistengesetzes durch hohe Strafen  
 und Verhöhnung den Fortschritt der Arbeiter hemmen  
 konnte, ebenso wenig wird man es in Zukunft tun können.  
 Auch der neue Deutsche Bauarbeiterverband soll mit teilnehmen  
 an den Kämpfen zur Eringung besserer Kulturzustände, und  
 der Geist der deutschen Bauarbeiter birgt dafür, daß er seine  
 Pflicht im Interesse der deutschen Bauarbeiter erfüllen wird.  
 Der Arbeiterbund rüft sich wieder für das Jahr 1913.  
 Wir wissen, daß uns auch in Zukunft schwere Kämpfe bevor-  
 stehen, und wir wissen auch, daß sich diese Kämpfe auf der  
 breitesten Grundlage abspielen werden; wir wissen ferner,  
 daß die Entwidlung des Bundes immer reaktionärer wird,  
 und von der Gründung des „Reichsbundes“ haben wir sicher  
 nichts Gutes zu erwarten. Deshalb müssen auch wir  
 auf allen Gebieten zum Sammeln blasen, den Deutschen  
 Bauarbeiterverband ausbauen, damit wir nach jeder  
 Richtung hin dem Ansturm auf unsere Rechte gewachsen sind.  
 Unsern Mitgliedern zum Schutz und unsern Gegnern zum  
 Trub. Im gleichen Sinne sprachen die Kollegen Wehrndt  
 und Schulz-Posen. Hierauf wurden folgende Kollegen ein-  
 stimmig in den Gauvorsitzenden gewählt: Als Vorsitzende die  
 Kollegen Jul. Gohl und Richard Wende, als Kassierer Kollege  
 Zura, als Schriftführer Kollege Strahlenberg, als Beisitzer  
 die Kollegen Meyer, Franz und Knobelsdorf, und zu Re-  
 visoren die Kollegen Klein, Klafsch und Jarzewicz. Anträge  
 lagen nicht vor. Hierauf nahm Kollege Bömelburg das  
 Wort. Er wies auf die verwaltungsrechtlichen Arbeiten der  
 Zweigvereinsabteilungen, bei der Verschmelzung  
 hin. Die Mitgliederbücher sollen mit Beginn des  
 Jahres 1911 umgelauft werden. Die größeren Zweig-  
 vereine sollen diese Arbeiten allein erledigen; bezüglich  
 der kleineren Zweigvereine wird der Vorstand geeignete An-  
 weisungen erteilen. Es können aber nur die Mitglieder ein  
 Buch des neuen Verbandes erhalten, die in der alten  
 Organisation ihre Beiträge voll bezahlt haben. Der Redner  
 schilderte hierauf die Entwidlung der Arbeiterorganisation,  
 die allmählich zu immer größerer Macht anwachsen und  
 immer größere Erfolge erlangen. Diese Entwidlung der  
 Arbeiterorganisation hat auch die Unternehmer zusammen-  
 geschlossen, und der Zusammenschluß aller Unternehmers  
 bringt uns wiederum zu weiteren Zusammenschlüssen.  
 Durch die Verschmelzung wollen wir unsere Stellung den  
 Unternehmern gegenüber stärken, um auch in der Zukunft  
 unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern zu können.  
 Wollen wir auch in der Folgezeit unsere Lage verbessern,  
 dann müssen wir gemeinsam, Maurer wie Bauhilfsarbeiter,  
 an dem Ausbau unserer Organisation arbeiten. Jeder muß  
 selbst der Mann sein, ohne sich auf seinen Bruder  
 zu verlassen. Aber auch die Mitstimmung, die infolge der  
 Ausperrung in manchen Orten eingetret ist, muß beseitigt  
 werden. Alle Wünsche eines jeden Mitgliedes aus einmal  
 zu befriedigen, ist unmöglich. Das müssen sich auch die  
 merken, die sonst alles besser verstehen, von der deutschen  
 Arbeiterbewegung; aber meist blutwenig Ahnung haben.  
 Die Berliner Unternehmers, die augenblicklich dem Bunde  
 Opposition machen, werden wahrscheinlich im kommenden  
 Kampfe die führende Rolle spielen. Und darüber kann kein  
 Zweifel bestehen, auch in kommenden Kämpfen werden die  
 Unternehmers diktieren wollen und so wiederum ihren Herr-  
 standpunkt herauskehren. Wollen wir diesem Ansturm der  
 Unternehmers auch in der Zukunft gewachsen sein, dann müssen  
 wir unsere Organisation ausbauen, so daß wir allen Vor-  
 sätzen der Unternehmers gewachsen sind. Alle wollen wir in  
 kollegialer Weise für die Organisation arbeiten und an das  
 Wort denken: Friede ernährt, aber Unfriede verzehrt. Aber  
 auch jenem Freiheitertum in der Organisation muß ein  
 Ende bereitet werden, das uns nur in der Not findet und  
 sonst nichts zum Wohle der Gesamtheit tut. Wir gehen  
 ersten Zeiten entgegen, man schreit nach Ausnahmegesetzen.  
 Es ist nicht ausgeschlossen, daß man auch heute noch ver-  
 halten wird, den Gewerkschaften Fesseln anzulegen. Deshalb  
 halten wir in unsern Reihen fest an eiserner Disziplin.  
 Trotsdem und alledem werden wir unser Ziel erreichen.  
 Nach einem kurzen, anerkennenden Schlusswort des Kollegen  
 Wende wurde die Konferenz geschlossen.

**Gau Nürnberg.** (Konferenzbericht.) Im  
 Gewerkschaftshause, einem alten, historischen Gebäude  
 Nürnbergs, fand am 6. November die Konferenz für den  
 Gau Nürnberg statt. Kollege Jiegler hieß die Delegierten  
 im Namen der Nürnberger Kollegen willkommen; dann  
 erklärte Kollege Mertel die Tagung für eröffnet. Die  
 Leitung der Konferenz wurde den Kollegen Mertel-Nür-  
 berg, Steiß-Wamberg und Diph-Hof übertragen. An-  
 wesend waren insgesamt 44 Delegierte, die 28 Zweigver-  
 eine vertraten. Nicht vertreten waren 5 Zweigvereine.  
 Der Gauvorsitzende war vollständig anwesend, und Kollege  
 Silbermann war vom Verbandsvorstand entsandt. Ferner  
 waren am Schlußer-Arbeitsabend von der österreichischen  
 Arbeiterorganisation und Brom-Nürnberg von den Zim-  
 mernern als Gäste anwesend. Nach den üblichen gesell-  
 schaftlichen Formalitäten erhaltete Kollege Mertel den Be-  
 richt. Neugegründet wurden die Zweigvereine Grafen-  
 wöhr (Tuppenbüdingen), Trübenreuth, Georgenzimmern  
 und Eichstätt. Auf den ergebnen Ort setzte man be-  
 sonders große Erwartungen, da dort mitunter 2000 bis  
 2500 Arbeiter beschäftigt waren; aber selbst ein frei-  
 gestellter Kollege konnte die aus allen Ländern herbei-  
 strömenden Menschen nicht zur Organisation bringen, so  
 daß sich dieser Zweigverein wieder auflöste. Außer ihm  
 lösten sich Burgbernheim wegen des Streikbeitrages und  
 Burgundstadt wegen der Erhöhung des Wochenbeitrages  
 um 10 J auf. Die Mitgliederzahl beträgt im Gau 5461.  
 Die Agitation wird nicht mehr mit der alten Riege zum  
 Verband betrieben. Am wenigsten sind die Kollegen, die  
 die meiste Kritik an der Tätigkeit der Verbandsfunktionäre

üben, dazu zu haben. Redner bemängelt das Baudelegiertensystem, das im ganzen Bau zu wünschen übrig lasse. Durch Verammlungen könne man heutzutage keine neuen Mitglieder mehr gewinnen; es müsse auf der Baustelle während der Pausen die Agitation gefördert werden. Wenn der Baudelegierte seine Pflicht tue, wenn er jeden Neuangehenden auf der Baustelle nach seinem Verbandsbuch frage, bevor er warm geworden sei, so sei das die sicherste Agitationsweise.

Die Lohnbewegungen, die, abgesehen von der Aussperrung, nicht so zahlreich waren wie in den früheren Jahren, brachten folgende Lohnbewegungen: für 377 Kollegen 2 3, für 596 3 3, für 552 4 3, für 6 5 3. Infolge der Aussperrung, die in 27 Orten erfolgte, wurden für 32 Orte Tarife abgeschlossen und nachstehende Lohnbewegungen erreicht: für 104 Kollegen 3 3, für 103 6 3, für 478 5 1/2 3, für 1740 5 3, für 1889 4 3 und für 57 3 3. Kollege Werfel wies nach, daß bei Einzelkämpfen dieses Resultat bei weitem nicht erreicht worden wäre. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist unbedeutend, da fast in allen Orten des Baues die zehnstündige Arbeitszeit besteht. An der Aussperrung waren in der ersten Woche von 5329 Mitgliedern 4029 betroffen, in der neunten Woche waren es noch 2729. Als gemeinnützige Organisation können nur die Christlichen in Betracht; sie hatten nach ihrem letzten Jahresbericht im ganzen Gau 798 Mitglieder. Eine andere Organisation, der Steinarbeiterverband, nimmt anstandslos die Mitglieder auf, die bei uns wegen rückständiger Streikbeiträge getrieben worden sind. Daß dadurch ein gesundes Verhältnis zwischen zwei freien Verbänden nicht bestehen kann, ist erklärlich. Auf die Unternehmersonorganisationen übergehend, meint Redner, man gebe zu wenig acht auf die Unternehmer. In fast allen Orten hätten diese selbständige Verbände mitunter ohne daß es unsere Kollegen wüßten. Der Redner beipflichtet ferner den Terrorismus der Unternehmer während der Aussperrung und die Bildung ihres „Wehrschabes“, was uns zu neuer Agitation anspornen müsse. Vernachlässigt sei infolge des großen Kampfes der Bauarbeiterkampf. (Siehe „Grundstein Nr. 45.“) Die Forderung, Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande, müsse von uns energischer erhoben werden. Die zweiwöchige Ruhepause könne dazu dienen, auch auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen. Nach Ansicht des Referenten ist alles getan worden, was angesichts der außerordentlichen Verhältnisse getan werden konnte. Jedem werde man es nicht recht machen können. Wir wollen aber im neuen Verbände wieder alles aufbieten, um die Arbeiterschaft aus dem Joch des Kapitalismus zu befreien. (Beifall.)

Nach dem vom Kollegen Roth erstatteten Jahresbericht hat die Gauversammlung eine Einnahme von M. 3770,15 und einer Ausgabe von M. 3418,95 einen Kassensaldo von M. 351,20. — Erstliche Ausstellungen wurden in der nun folgenden Disziplin an der Tätigkeit des Gauvorstandes nicht gemacht. Dinge, die in Zweigvereinsversammlungen geäußert, brachten einige Münberger Kollegen auch diesmal wieder zur Sprache. — Kollege Silberstein warnte einige Kollegen davor, mit dem Worte Demokratie sich in Konkurrenz zu treiben. Die besonderen Maßnahmen, die im Interesse des Verbandes getroffen werden mußten, seien notwendig gewesen, vor allem die Bestimmung, daß derjenige M. 3 weniger zu erhalten habe, der sich beim Kampfe in der Heimat zur Kontrolle melden konnte. Man müsse sich wundern, daß alles so geklappt habe, wo ein solch großer Kampf, der uns die Achtung der Gegner und der gesamten organisierten Arbeiterschaft eingetragen habe, das erstmalig von uns ausgeführt worden sei. Lernen wir aus der Vergangenheit für die Zukunft. In seinem Schlusswort stellte Kollege Werfel verschiedene richtig und gab zu bedenken, daß er neben seiner Tätigkeit im Gau auch noch Parteiarbeit zu leisten habe, die er auf Drängen der Münberger Kollegen übernommen habe. Dann wurde auf Antrag der Referenten dem gesamten Gauvorstand Entlastung erteilt. Einstimmig wurden dem konstituierenden Gauort des Deutschen Bauarbeiterverbandes die Kollegen Werfel, Müller, Roth und Bar als Vorstandsmitglieder und Albert und Küfel als Referenten in Vorschlag gebracht.

Nach der Mittagspause traten die Delegierten beider Verbände, deren Zahl nun 79 betrug, zur konstituierenden Konferenz zusammen. Von den Verbandsvorständen war Silberstein für die Maurer und Wandmohr für die Bauarbeiter amwesend; ferner Hempel-Stranitz und Madelmann-München als Gauleiter. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Hempel und Madelmann, zu Schriftführern Opitz und Kräger gewählt. Kollege Werfel legte die Urkunden und den Zweck der Versammlung dar. Er holte ziemlich weit aus, erinnerte an die Gründung von Fachvereinen, an das Sozialistengesetz und dessen Fall im Jahre 1890. Von da an datierte die Entstehung zentraler Organisationen. Schon damals habe der Gedanke der Versammlung bestanden; im Laufe der Jahre sei aber jeder, auch die Gegner der Versammlung, zu der Überzeugung gekommen, daß schon die wirtschaftlichen Verhältnisse vor allem die technische Entwicklung des gesamten Bauberufes, die Versammlung bedingten. Heute, wo die Unternehmer sogar die Führerbestrebungen in ihre Organisation drängen, sei es absolut notwendig, daß auch wir in einer Organisation wären. Was jetzt mußten bei einer Bewegung in einem Orte immer drei Gauleiter sein, in Zukunft brauche man nur zwei, und es werde die Zeit kommen, wo man nur einen brauche. Redner gab dann den Umfang des neuen Gaues bekannt und leitete mit, daß in den nächsten Tagen und Wochen die Zweigvereine und Abteilungen ebenso zusammengelegt werden sollten wie die Gauen. Zum Schluss forderte er auf, allen Sader und alle persönlichen Dinge beiseite zu lassen, indem er an das Wort erinnerte: „Nicht nur ein einziges Wort, sondern ein einziges Wort wollen wir sein.“ — Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. — In den neuen Gauvorstand wurden gewählt: Werfel, Müller, Roth und Bar von den Maurern, Hölzer, einer, Popp und Wolfson von den Bauarbeitern, als Referenten Albert und Küfel (Maurer) und Fuchs (Bauarbeiter). Sodann wurde über einen Antrag debattiert, der den Zweigvereinen zur Pflicht macht, so bald als möglich einen Lokalauflage von 10 3 für Sommer und Winter einzuführen. Dem Antrag wurde nach beifälliger

Debatte zugestimmt. Es soll auch darauf hingearbeitet werden, daß möglichst einheitliche Entscheidungen für Hilfsarbeiter und Hausarbeiter sowie gleichmäßige Beitragssätze für Maurer und Hilfsarbeiter eingeführt werden.

Über unsere nächsten Aufgaben referierte zunächst Brandmohr, der in kurzen Worten wünschte, daß das Werk der Versammlung nur zum Nutzen der Maurer und Bauarbeiter sein möge. Aber auch die Mitglieder anderer Verbände, die monatlang in unserm Verzuge arbeiten, hätten in unsere Reihen zu treten. Durch festes, einigtes Zusammenarbeiten würden wie 1913 den Unternehmern ein kräftiges Paroli bieten können. — In eindrucksvoller Rede behandelte dann Silberstein das gleiche Thema. Es habe keinen großen Wert über Vergangenes zu reden; was hinter uns liegt gibt uns Erfahrung für die Zukunft, in der es für uns keine Maurer und Bauhilfsarbeiter, sondern nur noch Mitglieder gäbe. Bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen könne nicht mehr der Schreier, sondern nur ein gutes Verbandsbuch entgegenstehe sein. Wie die technische Entwicklung im Betongewerbe nicht mehr aufgehalten werden könne, so könne auch die Versammlung kleinerer Verbände zu großen Berufsverbänden nicht aufgehalten werden. Wir müssen jetzt an die Erfüllung höherer Aufgaben gehen, müssen unsere Mitglieder auf eine höhere Stufe bringen, müssen sie mit dem Betriebe der heutigen Wirtschaftserziehung bekannt machen. Mit Rücksicht auf die großen Kämpfe, die wir in den nächsten Jahren zu führen haben, müssen wir die schümmern Kräfte unserer Kollegen wecken. Jeder Kollege muß sich selbst ausmalen können, was Kämpfe vom Umfang des letzten bedeuten. Der letzte Kampf hat jaon deshalb zu unsern Gunsten ausgefallen, weil die Unternehmer mit unsern Maßnahmen (14 Tage Karenzzeit, Verzicht der Beamten auf ein halbes Monatsgehalt, Streikbeiträge usw.) nicht gerechnet hatten. Diesen Fehler wird man in der nächsten Unternehmerrichtung nicht finden. Deshalb müssen auch wir unsere Kampfmittel vergrößern. Wenn wir in der Zukunft so handeln, so können wir ohne Trauer von unserer alten Organisation scheiden. Unter dem Deutschen Bauarbeiterverband werden wir sicheren Schutz gegen Unternehmervöllerei finden. (Lebhafter Beifall.) — Mit Dankworten an das Lokalkomitee und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband schloß Hempel die Konferenz.

**Münchsberg.** Durch die ganze bürgerliche Presse ging vor einigen Tagen folgende Schauermar:

„Wie glücklich organisierte Arbeiter proletos gemacht werden! Auf einem Neubau zu Königsberg l. Pr. arbeitete neben sozialdemokratisch organisierten Maurern auch der christlich organisierte Maurer-Verenon. Am letzten Donnerstag sollten die Verbandsbücher vorgelegt werden, um festzustellen, ob alle Maurer organisiert seien. Bei dieser Revision stellte es sich nun heraus, daß B. christlich organisiert war. Der sozialdemokratische Vertrauensmann stellte nun an Veron das Verlangen, sich überreichen zu lassen; denn auf dieser Baustelle würden nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter zugelassen. Alle Einwände fruchteten nichts, die Sozialdemokraten blieben dabei: „Mit christlich organisierten arbeiten wir nicht, und auf anderen Baustellen wird es jetzt ebenso gemacht, wir wollen euch bald klein kriegen.“ Es blieb also dem betreffenden Maurer nichts übrig, da er seine Überzeugung nicht wechseln wollte wie das Hemd am Sonntag, sein Geschir zusammenpacken und den Arbeitsplatz der sozialdemokratischen Unbilligkeit zu verlassen. — So sieht die sozialdemokratische Freiheit aus. Willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein. Wahrhaftig, und diese Leute schreien nach Abwehr eines neuen Zuchthausgesetzes, dabei sind die Genossen diejenigen, welche das Koalitionsrecht anderer mit Füßen treten. Auf solche Müheleien aber kann es nur eine Antwort geben: Christlich-nationale Arbeiter, schließt euch zusammen in der christlichen Gemerkschaft, nur durch engen Zusammenschluß aller nationalen Arbeiter ist der sozialdemokratischen Alleinherrschaft am besten entgegenzuarbeiten.“

Die Leiter des christlichen Verbandes glauben diese Mäuergechichte wohl selbst nicht, sonst hätte wohl die „Baugewerkschaft“ etwas davon gebracht. Trotzdem steht fest, daß das Märchen aus dem christlichen Bureau in Königsberg stammt. Hier ist man zu allem fähig; geht man doch jetzt mit den Moabitern Kravallen gegen uns agitierten. Kein Kollege denkt hier daran, mit christlich organisierten nicht zusammen arbeiten zu wollen. Auch dem christlichen Märtyrer Veron hat dies niemand erklärt. B. konnte lediglich keine Agitation betreiben und ging freiwillig, obwohl hierzu keine Veranstaltung vorlag. B. war hier früher einer der ersten Mitglieder im Verbandsrat. Als der Arbeitgeberverband es verlangte, bekam er auf einmal eine christliche Gesinnung. Er hat früher wiederholt erklärt, daß er nur der Not gehorchend im christlichen Verbands sei. Nachdem dieser Zustand nunmehr befestigt und nur noch ein ganz kleines Häuflein im christlichen Verbands geblieben ist, stellte man B. auf einer Baustelle zur Rede und erinnerte ihn an seine früheren Reden. Die Folge davon war, daß er unserm Verband unlautere Motive untergeschob und erklärte, er würde zu den revolutionären Anarchosozialisten gehen, die hier in einer Zahl von ungefähr zehn Personen vertreten sind und die sich in der Hauptache aus Personen rekrutieren, die ihre Streikbeiträge in diesem Jahre nicht gezahlt haben. Natürlich wurde auf diese Behauptung des B. geblinzelt genantwoortet. Als er nun sah, daß er sich doch zu sehr blamiert hatte, ging er seiner Wege. So sieht die christlich-nationale Gesinnung des Veron aus. Vielleicht nimmt die bürgerliche Presse hieron ebenfalls Notiz!

### Internationale Maurerbewegung. Frankreich.

Der französische Bauarbeiterverband hat soeben den finanziellen Quartalsbericht für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1910 veröffentlicht. An Beiträgen

wurden vereinnahmt: im Juli Fr. 10 215,35 (52 291 Monatsbeiträge); im August Fr. 18 030 (92 333 Beiträge); im September Fr. 19 743,60 (99 078 Beiträge); zusammen Fr. 50 237,20. Im Durchschnitt sind 81 234 Beiträge pro Monat bezahlt. Diese Zahl entspricht der Zahl der Verbandsmitglieder. Außerdem wurden Fr. 2248,25 an Eintrittsbeiträgen vereinnahmt. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf Fr. 53 183,60. Verausgab wurden Fr. 39 799,15; darunter für Gehälter Fr. 3220, für Zwecke der Solidarität Fr. 870, Beitrag an das internationale Sekretariat (zweites Semester) Fr. 167,60, Beitrag an die „Confédération Générale du Travail“ Fr. 1500, Zeitung und Druckkosten Fr. 9 142,05, Delegationsgespen Fr. 2023,40, an die Widerstandskasse Fr. 20 072,40. Das Vermögen des Verbandes betrug am Schluss des dritten Quartals 1910 Fr. 56 562 und war wie folgt verteilt: in der Hauptkasse Fr. 37 545,60, in der Solidaritätskasse Fr. 4 999,90, in der Widerstandskasse Fr. 13 869,85, in der Kasse für die Opfer der Bewegung Fr. 146,65.

### Zentralfrankentasse. („Grundstein zur Einigkeit“.)

In der Woche vom 6. bis 12. November sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 1250, Stettin 600, Erdshelm 350, Lichtenberg 500, Groß-Lichterfelde 300, Groß-Biegeort 300, Goltz 300, Moorburg 250, Neuzelle 240, Hirschdorf 200, Friedrichshagen 200, Stabenhagen 200, Wilmersdorf 200, Galle a. d. S. 150, Salmhüter 100, Gedtshelm 100, Sobanquithal 100, Weglar 70. Summa M. 5310. Zuschüsse erhielten: Prellin M. 200, Oberhöndeweide 150, Offen a. d. Ruhr 100. Summa M. 450. A l t o n a , 12. November 1910. Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

#### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

**Verst.** Auf dem Neubau des Elektrizitätswerkes der Stadt Niddorf am Weigand-See, der von der Firma Carl Brandt-Düssele & Co. in Eisenbeton ausgeführt wird, ereignete sich am 10. November, gleich nach der Frühstückspause, ein folgenschwerer Unfall. Auf gemeinsamem Bau waren die Zementhilfsarbeiter damit beschäftigt, die Betonmischung für eine etwa 7 m hohe Betonwand hinauf zu schaffen. Zu diesem Zweck sind zwei Bühnen errichtet, auf die das Material aufgesetzt wird. Beide Betonbühnen waren nicht genügend abgesichert, und als auf der obersten Bühne etwa 1 cbm Mischung lagerte, brach unter dieser Last das ganze Gerüst in sich zusammen und fiel auf fünf untenstehende Arbeiter, die sich nicht rechtzeitig retten konnten. Vier Hilfsarbeiter kamen mit schweren Verletzungen davon, während der Arbeiter Otto Pfeilbomst bereits auf dem Transport nach den Krankenhäusern starb. Die Schuld an diesem bedauerlichen Unglücksfall, bei dem ein Arbeiter sein Leben einbüßen mußte, ist in der Ueberlastung des Gerüsts mit Betonmischung und in der Antreiberei der Arbeiter durch den Vorarbeiter zu suchen. Nach vorliegenden Wochen mußte der Bau von der Organisation gesperrt werden, um auf ihn geregelte Zustände zu schaffen und den Vorkier zur Innehaltung der tariflichen Arbeitszeit und Anmerkung der Organisation anzubahnen. Möge dieser bedauerliche Unglücksfall für alle auf dem Bau beschäftigten Arbeiter als Warnung dienen und nicht durch gewissenlose Antreiberei die Unfallverhütungsvorrichtungen außer acht lassen. Als das Unglück geschehen war, fing man an, die andern Gerüste genügend abzusichern.

**Wesen.** Am 6. November ereignete sich hier ein schwerer Baunfall. In der Anstichstraße werden von dem schwerreichen Landwirt Rausch eine Scheune und sonstige Wirtschaftsgebäude aufgeführt. Die Arbeiten hat dieser Mann der Billigkeit halber einem sich Bauunternehmer nennenden Prähopl übertragen. Er hat das Maurergewerbe recht spät — im Alter von 35 Jahren — erlernt und ist erst ein Jahr Geselle; früher handelte er mit Gerängen. Auf ihn trifft das Sprichwort zu: „Was Gänsechen nicht lernte, lernt Gans nie immermehr.“ Die ausgeführten Arbeiten lassen jede Sorgfalt vermissen. Die Wiebel der Scheune sind stark nach außwärts geneigt. Diese ist aber bereits gerichtet und das Dach ist eingedacht, so daß das Mauerwerk von dem Dachverband zusammengehalten wird. In Verlängerung des nicht lotrechten Scheunengiebel wurde ein Giebel angemauert, zu welchem Zweck eine Verzahnung gelassen wurde. Die Mauer, die einen Stein stark mit Verstärkungspfählen ausgefüllt wird, war bereits 5 m hoch und 15 m lang gemauert, als sie plötzlich einstürzte, wobei der Maurer Albert Swiderski mitgerissen wurde. Er erlitt einen Unterhosenbruch und schwere Verletzungen am Kopf und Niddorf, so daß er nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte. Zu dem Einsturz dürfte auch der moagere Mörtel, der oben drein aus schlechtem Lehmigem Sand bestand, sowie die Risse der Steine mit beigetragen haben.

**Niemke.** Am 7. November stürzte am Neubau Winter in Niemeke eine massive Eisenbetondecke ein. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter, die im Bau beschäftigt waren, befanden sich zur Zeit des Anfalles in der Waunde und verzehrten ihr Frühstück. Dies ist nun in kurzer Zeit der zweite Fall, daß eine Patent-Eisenbetondecke eingestürzt ist, so daß die Polizei alle Ursache zu einer strengeren Kontrolle hat.

\* **Ministerialelaß zur Baukontrolle.** In einem an die Provinzialbehörden gerichteten Erlass hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten darauf hingewiesen, daß die im Arbeiterschutzinteresse von den Polizeibehörden auszuübende Baukontrolle nicht allein den Hochbauten, sondern in gleichem Umfang auch den Tiefbauten und dem Abbruch von Baulichkeiten zu gelten hat. Die Polizeibehörden sollen, soweit dies noch nicht geschehen ist, dafür

forjen, daß die mit der Bautenkontrolle betrauten Organe auch diesen Arbeiten ihre Aufmerksamkeit zuwenden, damit die bestehende Unfallgefahr nach Möglichkeit herabgemindert wird. — Das Bestreben des Ministers, zur Herabminderung der Unfallgefahr ist zu begrüßen; die Erfahrung lehrt aber, daß die Bautenkontrolle der Polizeibehörden nicht im entferntesten jenes Maß von Sicherheit gegen Unfälle bietet, wie dies im Interesse der Arbeiter notwendig wäre. Darum müssen die Arbeiter nach wie vor auf ihrer durchaus gerechten Forderung; Anstellung von Bautenkontrolleuren aus dem Arbeiterstande, verharren.

### Soziales.

**Wahlen.** Am 13. November fanden in Berlin unter großer Beteiligung die Wahlen der Arbeitervertreter zum Gewerbegericht statt. Im ganzen wurden 88 561 gültige Stimmen abgegeben gegen 83 218 Stimmen bei der letzten Wahl im Jahre 1908. Auf Liste I der freien Gewerkschaften wurden abgegeben 80 621 Stimmen gegen 75 958 im Jahre 1908; auf Liste II der christlich-nationalen Gewerkschaften fielen 2324 Stimmen gegen 2766 Stimmen im Jahre 1908; auf Liste III von allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband 2444 Stimmen gegen 529 Stimmen im Jahre 1908; auf Liste IV der Kirch-Wanderversen Gewerkschaften 2972 Stimmen gegen 3732 Stimmen im Jahre 1908. Danach stellen die freien Gewerkschaften 64 Beisitzer und die übrigen Gewerkschaften je 2 Beisitzer zum Gewerbegericht.

### Polizei und Gerichte.

**\* Gewerkschaften als politische Vereine.** Trotz der Erklärung des Staatssekretärs bei Beratung des Reichsvereinsgesetzes, daß die Gewerkschaften nicht unter die politischen Vereine gerechnet werden sollen, sind die Verwaltungsbehörden und Gerichte eifrig dabei, die Gewerkschaften zu politischen Organisationen zu stampeln. In letzter Zeit werden fast täglich gerichtliche Urteile bekannt, nach denen die Gewerkschaften politische Vereine sein sollen. Zur Abwechslung stand die Frage wieder einmal für den Vergarbeiterverband zur Entscheidung. Obgleich das Landgericht Bochum im Jahre 1902 entschieden hat, daß der Vergarbeiterverband kein politischer Verein ist, war die Zustelle Bochum als politischer Verein erklärt und der Vertrauensmann L. vom Schöffengericht in Werne in Strafe genommen worden, weil er es unterlassen hatte, die Liste der Vorstandsmitglieder und die Statuten bei der Behörde einzureichen. Gegen die Verurteilung wurde das Landgericht Münster als Verurteilung angezweifelt. Die Strafkammer in Münster erkannte auf Freisprechung. Das Oberlandesgericht hob jedoch das freisprechende Urteil auf; die Strafkammer in Münster erkannte aber zum zweiten Male auf Freisprechung. Der Staatsanwalt legte Revision ein und erzielte abermals die Aufhebung des Urteils. Nun wurde die Sache dem Landgericht Dortmund zur Aburteilung überwiesen. Die Revisionsinstanz machte geltend, es komme weniger auf die Bestimmungen des Statuts an, um festzustellen, ob der Verein unpolitisch sei, als vielmehr auf seine Wirksamkeit. Der Verein habe sozialpolitische Maßnahmen, das „Radbod“, die Sicherheit auf den Gruben, Schnapshotelverhältnisse usw. distinktiert, und da sei zu prüfen, ob darin nicht eine politische Tätigkeit zu erblicken sei. Das Landgericht Dortmund ging einer prinzipiellen Entscheidung aus dem Wege, indem es dahingestellt sein ließ, ob der Verein selbständig sei — politisch sei er allerdings; aber dem Angeklagten müsse zugestanden werden, daß ihm sein rechtsbündiges Verhalten nicht bewußt gewesen sei und darum müsse Freisprechung erfolgen. — Durch diese Entscheidung ist die Sache um keinen Schritt weiter gekommen. Sonstiger ist die Begründung der Revisionsinstanz. Wenn daraus, daß sich der Verband mit dem „Radbod“ auf Radbod, mit den Sicherheitsmaßnahmen usw. beschäftigte, deduziert werden soll, daß er politisch treibe, so wird wohl jede Gewerkschaft als politisch angesehen werden müssen. Was soll denn sonst den Gewerkschaften zu besprechen erlaubt sein, wenn nicht solche Interessenfragen ihres Berufs?

### Verschiedenes.

**Eine Erdgasquelle erschört.** In den Vierlanden zwischen Neuenhamp und Kirchsand, circa 20 km von Hamburg entfernt, ist eine gewaltige Erdgasquelle erschört. Im Auftrage des hamburgischen Staates werden seit längerer Zeit in jener Gegend Tiefbohrungen vorgenommen zur Erschließung von Wasseradern für die Wasserversorgung der Stadt Hamburg. Dabei stieß man in der Vorwoche in einer Tiefe von 200 m, nachdem man eine starke Tonsschicht durchbohrt hatte, auf die Gasquelle. Unter einem gewaltigen Druck wurde der Verschlusstopf des Bohrrohrs in die Luft geschleudert und mit elementarer Gewalt suchte das Gas seinen Weg ins Freie, wo es sich urplötzlich — ob durch Funken aus der nahe der Bohrstelle befindenden Lokomotive, oder ob an der Luft, das ist mit Bestimmtheit nicht festzustellen — entzündete.

Seit dem 4. November haben die Bewohner der Umgegend nun das seltene Natur Schauspiel einer immerwährenden Feuerfäule vor Augen, die aus dem Erdboden hervorsteigt. Die ungeheure Gewalt, mit der das Gas entweicht, verursacht ein bis zu einer Stunde Entfernung hörbares Geräusch, das an der brennenden Quelle selbst zu einem mit nichts zu vergleichenden bebäudend wirkenden Rärm wird, bei dem eine Verhinderung durch noch so lautes gegenläufiges Ansprechen nicht möglich ist. Man fürchtet, daß der Prommelstein könnte einem jeden Augenblicke zerplatzen, oder der Erdboden müßte unter der gewaltigen Erschütterung sich aufrufen und alles verschlingen. Und doch umstehen täglich bis in die späten Nachstunden dauernd Tausende von Menschen den Feuerherd, die von Hamburg und den weitestgelegenen Orten gekommen sind, um das großartige Natur Schauspiel zu bewundern. Aus der 28 cm starken Bohr-

fäule entzündet sich eine circa 8 m hohe emporsteigende Feuerfäule; erst in blauerer Färbung und dann zum leuchtenden Rot übergehend. Unter der Öffnung der Bohrfäule sieht man seitwärts links und rechts eine Stiefelflämme von je 8 m Länge in denselben Farben leuchten. Die kolossale Glut, die diese Stiefelflämme entzündet, ist so stark, daß alle Eisenstücke, die in der näheren Umgebung des Arbeitsplatzes sich befinden, weißglühend sind und das Wasser eines in der Nähe befindlichen Grabens in einer fortwährenden Umwandlung zu Wasserdampf sich befindet. Ueberhaupt ist es nicht möglich, weiter als bis auf 30 m an die Bohrstelle vorzudringen.

Im Augenblicke heben die Ingenieure und wissenschaftlichen Kapazitäten dieser unterirdischen dämonischen Gewalt ratlos gegenüber. Man weiß nicht, wie man diesen, aus dem Erdboden entweichenden, so gefährlichen Schaden einfangen und für industrielle Zwecke nutzbar machen kann. Nach dem Urteil der Fachleute ist es nicht unwahrscheinlich, daß der gewaltige Feuerherd jaurelang in ungezügelter Kraft anhalten wird. Versuche, die Flammen zu ersticken, haben sich bisher als nutzlos erwiesen.

### Eingegangene Schriften.

(Die hier angelegten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Verteilungshandlung.)

„Die Neue Zeit“, sozialdemokratische Wochenschrift, Heft 6 des 29. Jahrgangs. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Preis 25 A.

„Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) — Nr. 2 des 16. Jahrgangs enthält den Verhandlungsbericht des Verbandstages vom 15., 16. und 17. September 1910: 1. Verhandlungstag: Eröffnung und Begrüßungsansprachen. — I. Geschäftsbericht und Rechnungslegung. — II. Die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag. III. Die Rhetorik über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstag. — IV. und V. Ausdehnung der Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichte und Ausgestaltung der Rechtsmittelfinstanz. — VI. Die Statuten der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. — 2. Verhandlungstag: Beschlüsse über die Verhandlungen des ersten Tages. — VII. Die gesetzliche Regelung der Arbeitsverträge. — VIII. Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge. — IX. Das Recht der Lantienmen und Gratifikationen. — 3. Verhandlungstag: X. Das aktive und passive Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten. — XI. Die Rechtsverhältnisse der Werkspenalisten. — Wahlen und Schluß. — Anlagen: 1. Präferenzliste; 2. Kassenbericht.

**Eine Neuter-Gefährdung**, herausgegeben von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist zur 100. Wiederkehr des Geburtstag des Dichters erschienen. Ein gutes Bild des Dichters nach einem Gemälde von Büffel schmückt die Titelseite. Im ersten Artikel Fritz Reuters Lebens- und Lebensgang wird eine lebendige Schilderung des Menschen Reuters und des furchtbaren Verbrodens gegeben, das die preußische Reaktion an ihm beging. Die Seite am Dichter Reuters, die dem Proletariat von heute am nächsten steht, hebt der Artikel „Politische und soziale Strömungen in Reuters Schriften“ hervor. Den Schluß machen die Artikel „Reuters Bedeutung für Sprache und Volkstum Niederdeutschlands“ und die „Präfigur“; eingestreut sind einzelne Reutersche „Auszüge“ und eine ergreifende Stelle aus seinem bedeutendsten, sozial am tiefsten grabenden Werke „Kein Hüßling“. Der Text ist mit zahlreichen Illustrationen versehen, deren Originale fast sämtlich in der Fritz-Reuters-Ausstellung zu sehen sind. Auch das Faksimile eines in der Unterredungsbuchstabe geschriebenen Briefes Reuters wird wiedergegeben. Das interessante Gebilde kostet 20 A und ist durch alle Buchhandlungen, Kolporture und Zeitungsträger zu beziehen.

### Briefkasten.

**A. B. 67381.** Solange das jetzige Statut in Geltung ist, ja, dann nicht mehr.

**Z. F. in F.** Wegen solcher Dinge erkundigt man sich am besten bei einem Rechtsanwalt; denn in solch bezwickten Fragen läßt sich nicht durch einige Sätze Auskunft geben.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**R. Eikenberg** aus Sitten i. Rhl. wird gebeten, seine Adresse an **R. Heine**, Düsseldorf-Rath, Münsterstr. 579, 2. Et. gelangen zu lassen. Kollegen, denen der Aufenthalt Eikenbergs bekannt ist, werden gebeten, ihn hierauf aufmerksam zu machen. [M. 1,80]  
Der Vorstand des Zweigvereins Düsseldorf.

**Ernst Scharenberg** aus Burg b. Magdeb., lasse. Deinem Bruder, Magdeburg-Neustadt, Hamburger Straße 9, eine Nachricht zukommen. [M. 1,50]  
Der Vorstand des Zweigvereins Burg b. M.

**Jak. Minrath**, wo steckst Du? Sende Deine Adresse an **Jak. Minrath**, Herm. Schützenmeister Magdeburg, Große Münzstr. 3, 3. Et. (Verbandsbureau der Maurer). [M. 1,20]

**August Huntze**, geb. am 5. Mai 1892 zu Varfelde, wird von seinem Schwager um Angabe seiner Adresse gebeten. Nachricht ist zu senden an **Heinrich Kahrmann**, Salzdesfurt b. Sildesheim, Bergstr. 114. [M. 1,50]

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle kostet 15 A.)

**Aberberg.** Am 7. November starb unser Kollege **Joseph Zwack** im Alter von 24 Jahren an Herzleiden.

**Gummersdorf.** Am 5. November starb plötzlich unser treuer Verbandskollege **Friedrich Berndt** im Alter von 66 Jahren an Herzschlag.

**Bredde.** Am 10. November starb unser Mitglied **Otto Boden** im Alter von 34 Jahren an Wasserleucht.

**Frankfurt a. M.** (Zustelle Neustadt i. Obem.) Am 7. November starb unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Rebscher** im Alter von 24 Jahren durch einen unglücklichen Umstand freiwillig aus dem Leben.

**Freihau.** Am 2. November starb nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied **Herrn Pintaske** aus Streblitz im Alter von 45 Jahren.

**Göddap.** Am 5. November starb unser Kollege **Joh. Konwitz** im Alter von 45 Jahren an Wutfluss.  
**Sildesheim.** Am 8. November starb unser Kollege **Albert Ibsendahl** im Alter von 30 Jahren an Lungentuberkulose.

**Kiel.** Am 5. November starb unser Kollege **Wilh. Hagemann** im Alter von 64 Jahren an Schlaganfall.

**Magdeburg.** Am 5. November starb unser Ehrenmitglied **Gottfried Hartmann** im Alter von 63 Jahren freiwillig aus dem Leben.

**Münster-Girthe.** (Sektion der Zementierer.) Am 7. November starb unser treuer Kollege **Wolff. Sengenberger** von Kauf a. S. im Alter von 61 Jahren an Lungentuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

### Bielefeld.

Zum 1. März 1911 wird für den **Zweigverein Bielefeld** des Deutschen Bauarbeiterverbandes ein [M. 4,50]

### Lokalbeamter

gesucht. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Verbandsangehörig haben. Die Bewerber müssen enthalten: den Lebenslauf, die bisherige Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung und einen Aufsatz über die Aufgaben eines Lokalbeamten.

Die Gesuche sind bis zum 1. Dezember 1910 an den Kollegen **W. Stamm**, Bielefeld, Müllerstr. 70, einzuliefern.  
Der Vorstand des Zweigvereins Bielefeld.

### Erfurt.

Zum 1. Januar 1911 wird für den **Zweigverein Erfurt** des Deutschen Bauarbeiterverbandes ein [M. 4,50]

### Lokalbeamter

gesucht. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Maurer- oder dem Bauhilfsarbeiterverband angehört haben. Respektiert wird nur auf eine tüchtige Kraft. Gesuche mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sind bis zum 1. Dezember 1910 an **Arno Schlotte**, Erfurt, Gieselastr. 11, einzuliefern.

Dem Bewerbungsschreiben ist eine Abhandlung über die Aufgaben eines Lokalbeamten im neuen Bauarbeiterverband beizufügen. [M. 4,50]

**Wilhelm Rasch** aus Leopoldshall - Stuttgart wird von seiner Mutter gebeten, zu ihr zu kommen. [M. 1,20]  
Der Vorstand des Zweigvereins Stassfurt.

### Danzig.

Sonnabend, den 26. November, abends 7 1/2 Uhr, feiert unser Zweigverein im „Vergergarten“ in Schildlitz sein

### Zehntes Stiftungsfest.

Programm: Tanz, Vorträge, Belustigungen.

Entrée für Mitglieder und deren Frauen 25 A  
... für eingeführte Gäste à Person 50 A ...  
[M. 3,90] Das Komitee.

### Verammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verammlungen zu besuchen.

### Verbandsverammlungen der Maurer.

Mittwoch, den 23. November.

Spandau, Abends 8 Uhr bei Böhsle.

Sonntag, den 27. November.

Finsterwalde, Nachm. 3 Uhr in Bspels Lokal. Z.-D.: Bericht von des Gaukonferenz. Neuwahlen zum Bauarbeiterverband. Beschlüsse.

Fürstenwalde, Nachm. 9 Uhr außerordentliche Verammlungen mit den Gauarbeiten in der „Bühnenharmonie“. Z.-D.: Bericht von der Gaukonferenz. Neuwahl des gesamten Vorstandes.

### Zentralfrankentasse der Maurer usw.

Sonntag, den 20. November.

Bernau, Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-D.: Abrechnung vom dritten Quart. Massenangelegenheiten.